



Attersee Report

100 Jahre Republik

Lothar Höbelt · Buridans Österreicher oder: Zwei Eisen im Feuer

Roman Haider · Auf neuen Wegen mit Europa

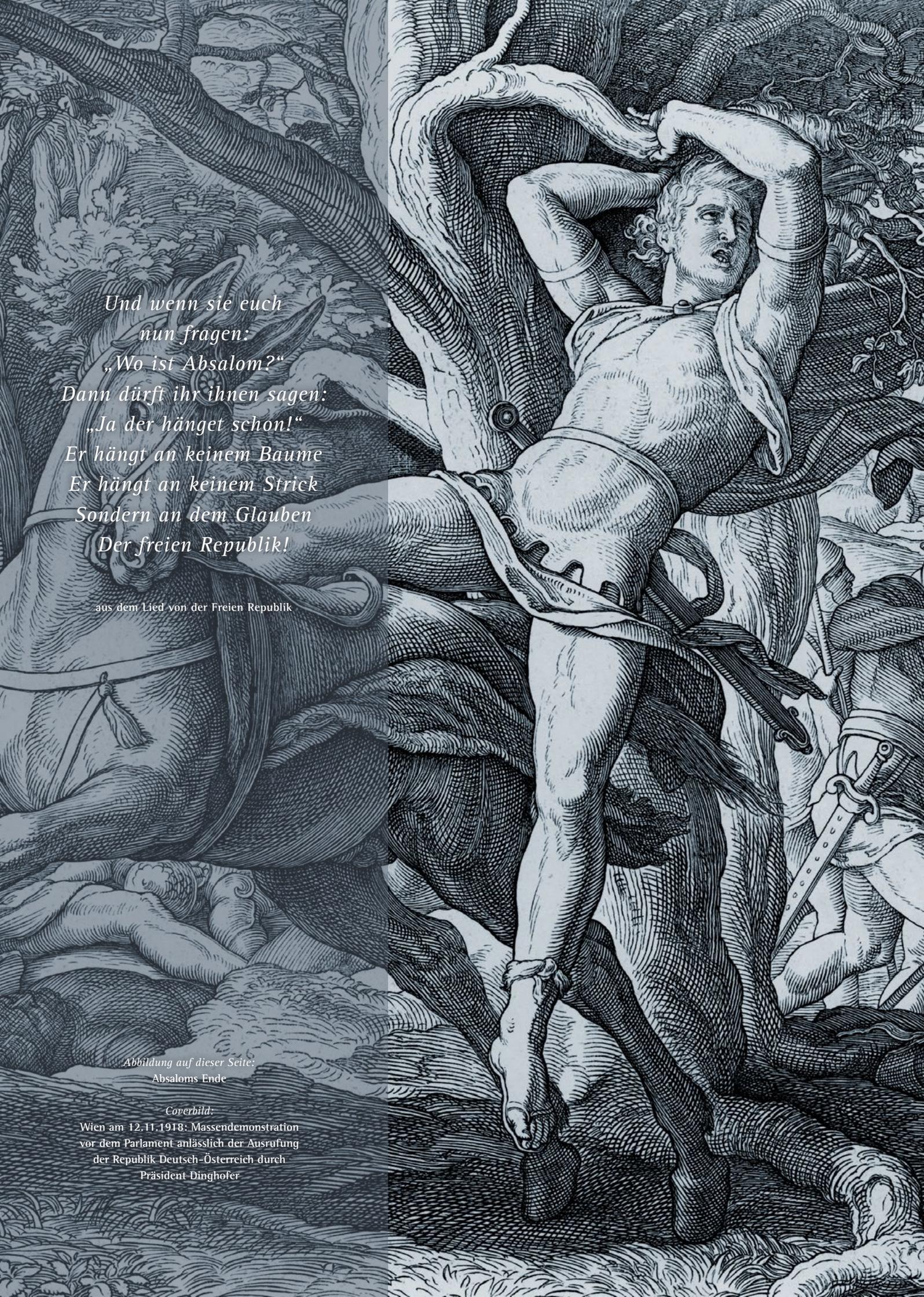
Jörg Mayer · Grand Old Republicans

John Hoewer · Auf den Trümmern der neuen Gesellschaft

Norbert Nemeth · „Auf nach Ikarien!“



Ausgabe Nr. 17 · Dezember 2018



*Und wenn sie euch
nun fragen:
„Wo ist Absalom?“
Dann dürft ihr ihnen sagen:
„Ja der hänget schon!“
Er hängt an keinem Baume
Er hängt an keinem Strick
Sondern an dem Glauben
Der freien Republik!*

aus dem Lied von der Freien Republik

*Abbildung auf dieser Seite:
Absaloms Ende*

*Coverbild:
Wien am 12.11.1918: Massendemonstration
vor dem Parlament anlässlich der Ausrufung
der Republik Deutsch-Österreich durch
Präsident Dinghofer*

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Ein großer Erfolg war das diesjährige *Atterseekreis*-Treffen: Über 100 Gäste hörten Vorträge zum Tagungsthema *Europa – von der Utopie zur Dystopie?* und debattierten teils hitzig über die aufgeworfenen Fragen. Walter Hämmerle von der *Wiener Zeitung* und Conrad Seidl vom *Standard* führten mit mir schon im Vorfeld ein Hintergrundgespräch und berichteten seriös über Idee und Ausrichtung unseres Kreises.

So war etwa im *Standard* zu lesen: „Hinter der vom oberösterreichischen Landesparteichef Manfred Haimbuchner betriebenen Wiederbelebung des *Atterseekreises* (...) steckt der Versuch, der Freiheitlichen Partei jenes intellektuelle Unterfutter zu verschaffen, das ihr in den vergangenen Jahrzehnten verloren gegangen ist. (...) Im *Attersee-Report*, einer seit 2014 vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift, deren Konzeption sich vom rabiatischen Grundton anderer rechter Publikationen unterscheidet, wurde zuletzt das freiheitliche Bekenntnis zum Privateigentum und die Gegenposition zum Sozialismus ausgebreitet.“

Für manchen dürfte diese Berichterstattung zu objektiv gewesen sein. Nur wenige Tage später erschien ebenfalls im *Standard* ein Artikel, der unseren Kreis in ein anderes Licht rücken sollte. Ein gewisser Simon Stockinger kritisierte, der vorherige Bericht über den *Atterseekreis* komme „ohne jede Bezugnahme auf dessen Texte aus. Eine Ergänzung um diese inhaltliche Dimension ist aber dringend notwendig, um nicht lediglich die freiheitliche Selbstdarstellung zu reproduzieren. Denn von einer Abkehr vom völkischen Rechtsextremismus kann hier keine Rede sein, sondern nur von dem Versuch einer Intellektualisierung.“

Dabei scheint dem Verfasser vor allem unser Logo, die Flosse, ein Dorn im Auge zu sein: „Und es ist



ausgerechnet Schmitt, der „Kronjurist des Dritten Reichs“, der in einem richtungsweisenden Beitrag mit dem Titel „Der Wal“ im August 2017 herbeizitiert wird. (...) Nein, in Nemeths Denkfabrik werden auch völkische, deutschnationale, rassistische, reaktionär-romantische und antisemitische Traditionslinien amalgamiert; für dieses Altbekannte soll ein neuer Ton entwickelt werden.“ Das ist eine ebenso gewagte wie falsche Schlussfolgerung. Aus einer Flosse (!) abzuleiten, dass Menschen faschistisch, antisemitisch oder sonst was seien, ist schlichtweg denunziatorisch. Auch die Tatsache, dass Stockinger – im Gegensatz zum Profi-Journalisten Seidl – weder das Gespräch zu mir noch einen anderen Kontakt zum *Atterseekreis* gesucht hat, verrät die miese Absicht.

Zum Glück gibt es Persönlichkeiten, die uns bei der Einordnung Carl Schmitts weiterhelfen können. Giorgio Agamben hielt anlässlich der Annahme des *Dr. Leopold-Lucas-Preis* im Jahre 2013 eine Rede, in der er versuchte, „Leviathans Rätsel“ aufzulösen. Im Zentrum steht das weltbekannte Bild des Malers Abraham Bosse, das Thomas Hobbes 1651 für seinen *Leviathan* verwendete. Freilich kommt auch Agamben in seiner Analyse an Schmitt nicht vorbei: „Carl Schmitt, ein katholischer Jurist, dem wir einen wichtigen Aufsatz über das Buch zu verdanken haben, hat mehrfach betont, dass Leviathan ein esoterisches Werk sei. Es sei möglich, so Schmitt, dass sich hinter dem Bild eine tiefere, geheimnisvolle Bedeutung verbirgt.“

Es würde den Rahmen eines Vorwortes bei weitem sprengen, dieser geheimnisvollen Bedeutung nachzugehen. In kann unseren Lesern lediglich zusagen, es bei nächster Gelegenheit zu versuchen. (Anm.: Dr. Leopold Lucas war ein Rabbiner und jüdischer Gelehrter, der 1943 im KZ Theresienstadt umkam.)

Herzlichst Ihr *ParlRat Mag. Norbert Nemeth*, Herausgeber

Inhalt



Generalthema:

Rot, Weiß und Rot	6
Buridans Österreicher oder: Zwei Eisen im Feuer	8
Bruchlinien der österreichischen Identität im 20. Jahrhundert	13
Repräsentationsarchitektur im alten Wien	16
Die retuschierte Identität	19



Österreich:

Auf neuen Wegen mit Europa	20
Über das Geschichte(n)-Erzählen	27



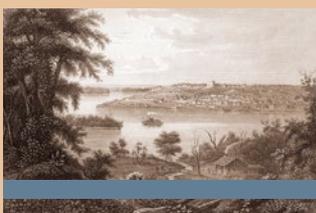
International:

Grand Old Republicans	28
Ergo bibamus!	33



Feuilleton:

Auf den Trümmern der neuen Gesellschaft	34
Lob der Differenz	40
Gegoogelt gegen Rechts	43



Besprechungen:

„Auf nach Ikarien!“	44
Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim	48
Wozu noch Österreich?	50
Adharas Stimme	54
Impressum	55

Editorial

Werte Leser!



Manchmal kann man als Macher einer Zeitschrift den Blick auf Unbekanntes lenken, doch manchmal muss man auch den Zwängen der Erinnerungskultur folgen. Der 100. Jahrestag der Republikgründung ist so ein Anlass, an dem der *Attersee Report* nicht guten Gewissens vorübergehen kann.



1918 war eine Epochenwende: Der Schlussvorhang fiel über dem alten Europa, die letzten großen Dynastien des Kontinents dankten ab, das Bürgertum fand sich wirtschaftlich ruiniert wieder und der Erste Weltkrieg hatte der Menschheit die Möglichkeit eines industriellen Krieges offenbart, in dem der einzelne Mensch, aller ritterlichen Ehre beraubt, zu einer bloßen Ware der Tötungsmaschinerie degradiert, zu Ziel und Futter für Artillerie und Giftgas geworden war. Prophetisch schrieb 1922 der amerikanische Philosoph George Santayana: *„Und doch meinen die armen Kerle, sie seien sicher! Sie meinen, dass der Krieg – vielleicht der letzte von allen – vorbei sei! Nur die Toten sind sicher. Nur die Toten haben das Ende des Krieges gesehen.“*

Für Österreich bedeutete 1918 aber auch das Ende der jahrhundertealten Regentschaft der Habsburger, unter denen die universale Reichsidee auch nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches fortgelebt hatte. Die österreichische „Nation“, die erst eine solche werden musste, begann ihren republikanischen Versuch – in den Worten der Verzichtserklärung, die Kaiser Karl am 11.11. in Schloss Schönbrunn unterzeichnete: *„Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.“* Schon am nächsten Tage trat die Provisorische Nationalversammlung zusammen und beschloss: *„Deutschösterreich ist eine demokrati-*

sche Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.“

War dies die Erfüllung des lang gehegten republikanischen Traums, wie er etwa im alten Studentenlied von der freien Republik besungen wird? Oder würden am Ende die Absaloms, die ein (in ihren Augen delegitimiertes) System gestürzt hat-

ten, wieder hängen? Im biblischen Vorbild empört sich Absalom gegen das Königtum seines Vaters. Doch am Ende siegt König David in der Schlacht. Wie es das Schicksal will, verfängt sich Absalom auf der Flucht mit seinem langen Haupthaar in einem Baum. *„Da nahm Joab drei Stäbe in seine Hand und stieß sie Absalom ins Herz, als er noch lebend an der Eiche hing. Und zehn Knappen, Joabs Waffenträger, umringten Absalom und schlugen ihn tot.“* (2. Buch Samuel, Kapitel 18)

Absalom ist eine der komplexesten Figuren der Bibel. Die Motivation für seine Rebellion entstammt ehrlichem Empören über die mangelnde Bestrafung eines Vergewaltigers durch den König – ein hochmodernes Thema, wenn wir an die feministische Revolte gegen die „alten weißen Männer“ denken, denen es an Diversität und Sensibilität ermangle. Doch Absalom operiert mit Gewalt, Rücksichtslosigkeit und Hinterlist. Zuletzt weint König David, gleichsam als Repräsentant der ewigen Ordnung, über seinen verlorenen Sohn.

In diesem Spannungsverhältnis steht jedes Aufbegehren, sei es gegen das alte monarchische Regiment, das 1918 untergegangen ist, sei es gegen das liberal-demokratische Regiment der Gegenwart, das von linker wie von rechter Seite gerne kritisiert wird. Wer gegen etwas opponiert, sollte etwas Besseres anzubieten haben. Und nicht nur an einem Traume hängen.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Rot, Weiß und Rot



Erhaben, ein Gott der Schlacht,
Prangt Leopolds glorreiche Macht,
Ernstblickend auf der Leichen Kreis.
Sein Waffenrock, noch glänzend weiß,
Doch nun ein hehres Siegeszeichen,
Getränket in der Feinde Blut,
Strahlt auf in hoher Purpurglut,
Wie Morgenrot auf See und Teichen.

Jetzt löst er Gürtel und Schwert;
„Gelobet sei Gott und geehrt!“
So ruft er tief gerührt und senkt
Den Stahl vor dem, der alles lenkt.
Und sieh: wie rot sein Kleid auch glühte,
Da, wo der Gürtel ihn bedeckt,
Dem nah' das edle Herz ihm schlägt,
Strahlt's schneeweiß um des Leibes Mitte.

„Seid ewig ihr Farben im Schild,
Und bleibt der Gerechtigkeit Bild
In Öst'reichs Wappen immerfort!“
So tönte Heinrichs Kaiserwort.
„Umströmt euch gleich der Feinde Blut,
Ihr ehret Gott und bleibet gut!
D'rum leuchte, wie der Tugend Kranz,
Im Rot der weißen Farbe Glanz.“

aus: Österreichs Hort, Wien 1908





Generalthema

Kaiser Friedrich I. Barbarossa belohnt Leopold V. mit dem Herzogtum Österreich.
Ausschnitt aus dem Stammbaum der Babenberger, um 1489/93, Stift Klosterneuburg.

Buridans Österreicher oder: Zwei Eisen im Feuer

Von Lothar Höbelt



Im vergangenen Jahrhundert tobte ein Streit nach dem Muster: Ist das Glas jetzt halb voll oder halb leer? Nach 1918 hatten sich viele Großdeutsche einem Programm der „Entösterreichung“ verschrieben: Alles traditionell Österreichische, Habsburgisch-Multinationale war plötzlich verpönt, wurde als Werkzeug welscher Tücke oder slawischer Mehrheiten betrachtet. Anhänglichkeit an das Haus Habsburg wurde zuweilen mit einem Ingrim verfolgt, der ein wenig an die „Faschismuskeule“ der Gegenwart erinnert.

Nach 1945 wurden mit derselben Einseitigkeit dann alle großdeutschen Reminiszenzen bekämpft, als hochverräterisch, nazistisch etc. abgestempelt. Der VdU-Obmann Max Stendebach erregte unziemliches Aufsehen, als er im Parlament – Schengen vorwegnehmend – davon sprach, die Grenze zu Deutschland solle zu etwas werden wie der 49. Breitengrad in Nordamerika, der über Tausende von Kilometern die USA und Kanada trennt: nämlich eine Grenze, die man im Alltagsleben gar nicht bemerkt.

Die Gegenwart hat ihr gerüttelt Maß an intellektuellen Verbohrtheiten und modischen Torheiten. Aber zumindest in dieser Hinsicht hat sich die Debatte inzwischen ein wenig entkrampft. Ein letztes Mal flammte der alte Streit auf, als Jörg Haider 1990 von der „österreichischen Nation“ als einer „ideologischen Missgeburt“ sprach. (Er hätte dazu auch die revolutionären Sozialisten der späten 30er-Jahre zitieren können, die derlei Thesen als „schwer zu übertreffende Zusammenstellung theoretischen Unsinn“ abqualifizierten.)

Doch in den letzten zwanzig, dreißig Jahren haben sich die alten Frontstellungen nahezu in ihr Gegenteil verkehrt. Ein besonders fortschrittlicher Autor hat sich vor einigen Jahren sogar einmal dazu hinreißen lassen, zu sagen, um dem neuen „Austrofaschismus“ zu entgehen, müsste man heute eigentlich für den Anschluss sein. Die alten Deutsch-

nationalen hingegen – der Verfasser möchte sich da gar nicht ausnehmen – schwärmen von der Solidarität mit den Visegrád-Staaten und der Lega, den Altösterreichern par excellence.

Irregulare aliquod corpus et monstro simile

Wie immer die aktuellen politischen Frontlinien auch verlaufen mögen, klar ist, dass sich im Erbe des kleinen Österreich natürlich beide Elemente finden, Muttersprache und Vaterland, das römisch-deutsche Reich des Mittelalters und der frühen Neuzeit, und die Donaumonarchie des langen neunzehnten Jahrhunderts. Es wäre unsinnig, eines von beiden zu negieren oder auszublenden. Allenfalls bedarf das römisch-deutsche Reich vielleicht ein klein wenig der Erläuterung, weil es sich dabei – wie ein barocker Autor einmal schrieb – um ein „Monstrum“ handelte. Das war keineswegs negativ gemeint, sondern im Gegenteil im Sinne von „ungeheuer“ als ganz einzigartig, als ein politisches Gebilde *sui generis*, das deshalb eben nicht den Pfaden folgte, wie sie in Frankreich oder England direkt in den klassischen Nationalstaat mündeten.

Das Heilige Römische Reich umfasste von der Theorie her selbstverständlich die gesamte Christenheit. Das war freilich wirklich graue Theorie. In der Praxis beschränkte sich das Reich auf Mitteleuropa, aber



Dr. Lothar Höbelt ist außerordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte reichen von der Polit- und Verfassungsgeschichte der Habsburger-Monarchie bis zur I. und II. Republik. Daneben gilt er als ausgewiesener Experte für das die Geschichte des Nationalliberalismus bzw. des sogenannten „Dritten Lagers“.



Das heilig Römisch reich mit sampt seinen gelidern (Quaternionenadler), 1510, Schlossmuseum Gotha

auch hier, um es im EU-Jargon zu verpacken, auf ein „Mitteleuropa der verschiedenen Geschwindigkeiten“. Der Lehensverband, die Oberhoheit des Kaisers, erstreckte sich auch auf Italien (zumindest auf das Italien nördlich von Rom, das nicht von Sarazenen oder Normannen okkupiert worden war) und auf das französisch-sprachige Burgund. Auf dem Reichstag

vertreten aber war nur das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Italienische Fürsten, die da hin und wieder anklopften, wurden nicht zugelassen. Als letzter kümmerlicher Rest von Italien und Burgund blieb in der „Reichsmatrikel“ bloß der Herzog von Savoyen übrig, dessen Nachfahren später einmal tatsächlich Könige von Italien werden sollten.



Dieser „Reichstagsstaat“, wie Georg Schmidt ihn genannt hat, war wieder in einem sehr unterschiedlichen Maße in die Institutionen des Reiches „integriert“. Die großen weltlichen Fürsten, gerade auch die Kurfürsten, die ja den Kaiser zu wählen hatten, wie Böhmen, Sachsen oder Brandenburg, ließen sich vom Reichstag zunehmend weniger vorschreiben. Es waren die kleinen „Reichsstände“, die „Mindermächtigen“, die vom Reich in ihren Rechten geschützt werden wollten und seine Institutionen in erster Linie zu nützen versuchten. Dazu zählten viele geistliche Fürstbistümer – z.B. auch Salzburg oder Brixen – oder Reichsgrafen wie die Hohenemser. Der schwäbische und fränkische Reichskreis, ein wenig auch Niedersachsen bildeten das Zentrum dieses „Alten Reiches“, wo die horizontale Gewaltenteilung zwischen Kaiser, Reichskreisen und Reichsständen funktionierte. Bis auf Thüringen lag dieser Reichstagsstaat überwiegend auf dem Territorium der alten BRD von 1949, die man deshalb auch als die Emanzipation des „dritten Deutschland“ von den deutschen Großmächten bezeichnen könnte.

Denn diese Großmächte wuchsen fast alle bis zu einem gewissen Grad aus dem Reich hinaus: Wir denken dabei natürlich zuallererst an die Habsburger, an die Folgen und Erfolge der Heiratspolitik Maximilians I., mit seinem Enkeln Karl V. als König von Spanien und Ferdinand I. als König von Ungarn (das ursprünglich zwar nur einen relativ schmalen Grenzstreifen umfasste, aber nach 1683 zu beachtlicher Größe answoll). Aber die Habsburger waren in dieser Beziehung bloß „Trendsetter“: Der Graf von Oldenburg – und Erbe Holsteins – war schon im 15. Jahrhundert zum König von Dänemark aufgestiegen; um 1700 brachte es der Kurfürst von Sachsen zum König von Polen, der Kurfürst von Hannover zum König von England; ein Pfalzgraf von Zweibrücken, dann ein Landgraf von Hessen waren Könige von Schweden; auch der König von Preußen verdankte seinen Titel einem Territorium außerhalb der Reichsgrenzen, nämlich

Ostpreußen; ein Herzog von Holstein-Gottorf war Zar, seine wenig trauernde Witwe – Katharina die Große, bekanntlich ebenfalls eine deutsche Prinzessin – tauschte das Ländchen dann gegen Oldenburg, womit der Kreis sich schließt.

Rückblickend wurde gerne die Zersplitterung des alten Reiches beklagt. Man kann es auch anders sehen: Gerade weil im Reich der „Föderalismus“ so tief verankert war, es so viele standesgemäße Dynastien gab, wurde Europa zeitweise fast ausschließlich von Deutschen regiert – als letzter Ausläufer folgte dann im 19. Jahrhundert Sachsen-Coburg-Gotha, mit Belgien, Bulgarien und dem Prinzgemahl Albert in England.

Der deutsche Dualismus

Die Sonderstellung Österreichs und der Habsburger beruhte auf zwei Elementen. Erstens: Mit Ausnahme des Bayern Karl VII. (1742-45) waren seit 1438 als Kaiser ausnahmslos Habsburger gewählt worden. Zweitens: Bei den Habsburgern blieb diese Zwitterstellung auch noch im 19. Jahrhundert erhalten, als an die Stelle des alten Reiches der Deutsche Bund getreten war. Bei den meisten anderen Dynastien waren diese Bindungen inzwischen weggefallen: Die Personalunion zwischen Sachsen und Polen war spätestens endgültig 1813 zu Ende, zwischen England und Hannover 1837, zwischen Dänemark und Holstein 1863.

Preußen aber war nach den napoleonischen Kriegen nach Deutschland hineingewachsen – es musste viele seiner ehemaligen polnischen Gebiete an Russland abtreten und bekam dafür das Gebiet, das nach 1945 unter der Bezeichnung Nordrhein-Westfalen bekannt wurde (inklusive der größten Kohlenlager des Kontinents im Ruhrgebiet). Die Habsburgermonarchie hingegen gab 1815 Vorderösterreich auf und erhielt dafür Venedig. Sie blieb der klassische Vielvölkerstaat, der nicht weniger als elf „Nationalitäten“ umfasste – von denen zwei slawische Völker,



Begegnung Friedrichs II. mit Kaiser Joseph II. in Neiße 1769, Adolph von Menzel, 1857:
Verbildlichung der Hoffnung großer Bevölkerungsteile auf eine österreichisch-preußische Zusammenarbeit

Tschechen und Slowenen, noch dazu ausschließlich auf dem Gebiet des Deutschen Bundes lebten.

Die Gründung eines rein deutschen Nationalstaates, der alle Deutschen, aber eben nur Deutsche umfasste, hätte daher die Teilung der Habsburgermonarchie bedeutet. Eine solche großdeutsche Lösung war für die Habsburger nicht akzeptabel. Was sie dafür vorschlugen, war die mitteleuropäische Lösung, das Reich der 70 Millionen, nicht bloß von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt, sondern von der Bocche di Cattaro an der montenegrinischen Grenze bis zum Pruth in der „sarmatischen“ Ebene. Dafür waren aber wieder die „Binnendeut-

schen“ nicht zu haben, die lieber unter sich bleiben und nicht von all den „interessanten Nationalitäten“ im Südosten majorisiert werden wollten. Das war der eigentliche Grund, warum der erste, friedliche Anlauf zur deutschen Einigung 1848 scheiterte.

1866 erfolgte nach der Schlacht von Königgrätz dann der Ausschluss Österreichs aus Deutschland, wenn man so will: die erste deutsche Teilung. Preußen bildete den Norddeutschen Bund, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Als „weiterer Bund“ zwischen Wien und Berlin wurde dafür 1879 der Zweibund geschaffen, ein völkerrechtliches Bündnis, das Europa bis 1918 dominierte. In



gewissem Sinne blieben für die Deutschösterreicher damit beide Orientierungen weiter erhalten.

Nach 1918 waren beide Orientierungen dann auf einmal verrammelt: Die Nationalitäten bildeten ihre Nachfolgestaaten und wollten vom alten Österreich (und der Wiener Bürokratie) nichts mehr wissen. Als die Deutschösterreicher daraufhin ihr Heil im Anschluss an das Deutsche Reich suchten, wurde der von den Siegermächten prompt verboten (und auch Deutschland selbst riet vorläufig davon ab). Die Nachfolgestaaten schotteten sich gegen die österreichischen Industrieprodukte ab, das Deutsche Reich gegen die alpine Landwirtschaft (weil es dieselben Bedingungen auf Grund der Meistbegünstigungsklausel sonst auch allen anderen Handelspartnern hätte einräumen müssen). Robert Musil – persönlich übrigens ein entschiedener Anschlussbefürworter – verglich die Stellung des klein gewordenen Österreich deshalb schon 1919 mit Buridans Esel, der zwischen zwei Heuhaufen verhungert.

Finale Trennung und Ausblick

Nach 1945 wiederholte sich dasselbe Spiel. Das alte Österreich verschwand hinter dem Eisernen Vorhang. Jede politische Verbindung mit Deutschland aber war verpönt – selbst der Beitritt zur EWG wurde von den meisten Diplomaten deshalb für unmöglich gehalten. Der Unterschied zur Zwischenkriegszeit aber war: Die Österreicher machten aus der Not eine Tugend. Sie taten so, als ob sie nie etwas anderes gewollt hätten – und fuhren mit der Neutralität tatsächlich recht gut. Die Neutralität schadete der NATO mehr als dem Warschauer Pakt. Deshalb waren die Russen damit zufrieden. Die USA aber wollten Österreich nicht in den Ostblock

abgleiten lassen und unterstützten die Besiegten mit Marshall-Plan und Atomschirm. Das Leitmotiv des Klamauffilms *Die Maus, die brüllte* brachte es auf den Punkt: Der Weg zum Wohlstand war ganz offensichtlich: einen Krieg gegen die USA zu verlieren. Das galt für Bundesdeutsche und Japaner, Oberitaliener und Österreicher – nicht für Ungarn und Slowaken, Rumänen oder Kroaten...

Der Fall der Mauer öffnete Österreich 1989 unerwartet wiederum alle Türen. Der Kollaps der Sowjetunion machte jegliche Bedenken gegen den Beitritt zur EU hinfällig; das Ende des Eisernen Vorhangs öffnete die Verbindungen zu den Altösterreichern jenseits der Grenze im Osten. Österreich befindet sich seither in der glücklichen Lage, wieder in der Mitte Europas angesiedelt zu sein, nicht mehr als Pufferstaat, sondern als Drehscheibe. Ein kluger Politiker – so hat es ein Altösterreicher, der spätere tschechoslowakische Premier Antonín Švehla einmal ausgedrückt – schaut darauf, immer „zwei Eisen im Feuer“ zu haben. Fritz Fellner, der Historiker (und Vater des Zeitungsherausgebers), hat schon in den 80er-Jahren treffend analysiert: Österreich sei allem Widerstreben zum Trotz wirtschaftlich-kulturell so deutsch wie nie zuvor. Doch daraus muss man kein politisches Vasallenverhältnis ableiten. Alle politischen Faktoren weisen Österreich heute viel mehr in Richtung der Achse Orbán-Salvini.

Optimistisch stimmen mag dabei, dass zumindest bei den alten Verbündeten Österreichs im Reich, Bayern und Sachsen, durchaus Verständnis für diese Orientierung aufkeimt. Vielleicht ist es uns da doch noch beschieden, die Blockaden und Engführungen des vergangenen Jahrhunderts in einer neuen Synthese zu überwinden.

Bruchlinien der österreichischen Identität im 20. Jahrhundert

Von Thomas Grischany



In der österreichischen Geschichtsforschung wird gelegentlich die Frage nach der größten Zäsur im 20. Jahrhundert im Hinblick auf die österreichische Identität gestellt. Erfolgte die entscheidende Prägung durch die Umwälzungen von 1918, von 1938 oder von 1945?

Jede solche Diskussion über die österreichische Identität in den letzten 100 Jahren steht und fällt mit der Frage nach dem Deutschtum, denn bis dahin war es fast tausend Jahre lang selbstverständlich, dass die Deutsch sprechenden Menschen in den nicht umsonst „deutsche Erblände“ genannten Territorien des Habsburgerreiches als Teil des deutschen Volkes galten. An dieser Vorgeschichte zeigt sich bereits die Absurdität, eine österreichische Volksnation konstruieren zu wollen, denn dann wären ja die Salzburger bis 1815 keine Österreicher gewesen, die Slowenisch sprechenden Krainer hingegen schon seit 1335, aber dafür wieder nur bis 1918. „Österreich“ war bis 1918 ein Konglomerat von sprachlich teilweise gemischten Ländern, deren größte Gemeinsamkeit, abgesehen vom Gebrauch (mit Ausnahme der Vorarlberger) der mittel- und südbairischen Variante der oberdeutschen Sprache, darin bestand, dass sie sich allesamt im Besitz des Hauses Habsburg befanden.

Nun war die Niederlage im Deutschen Krieg von 1866 zweifellos ein schwerer Schlag für das Selbstbewusstsein und die Machtposition der Deutschen im Habsburgerreich, und manche schielten bisweilen mit einer Mischung aus Sehnsucht und Minderwertigkeitskomplex zum großen Nachbarn hinüber. Aber nur radikale Deutschnationale wie die Kreise um Georg Ritter von Schönerer waren für einen Anschluss, wobei man selbst hier nach der wilden Studentenzeit und den Erfahrungen im Militär- und Staatsdienst oftmals seinen Frieden mit dem Vielvölkerreich machte und dessen Existenzbe-

rechtigung anerkannte. Zwar hat es sich eingebürgert, den Deutschösterreichern der späten Monarchie eine von lustvoller Morbidität und Pessimismus gekennzeichnete Mentalität nachzusagen, aber der amerikanische Historiker und Österreich-Experte Pieter Judson hat jüngst ein positiveres Bild von der Gefestigkeit und den Zukunftsaussichten des Reiches gezeichnet.¹

Der Bruch von 1918

Eindeutiger war die Situation im Jahre 1918, nachdem „Österreich“ auf seinen deutschen Kern reduziert worden war, abzüglich der Deutschen in Böhmen, Mähren, Südtirol und Teilen der Steiermark und Kärntens, jedoch erweitert um das Burgenland. Selbst unter Christlichsozialen war der Trennungsschmerz nicht allzu groß, da die Dynastie besonders in den letzten Kriegsmonaten ihren Kredit fast völlig verspielt hatte.²

Es ist eher müßig, den großdeutschen Gedanken in der Ersten Republik zu beschreiben.³ Außer vernachlässigbaren Minderheiten wie Monarchisten und Kommunisten wollte niemand eine „österreichische Nation“. Die überwiegende Mehrheit stand hinter dem Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung, wonach „Deutschösterreich“ ein „Bestandteil der Deutschen Republik“ sei. So suchten die Sozialdemokraten die Vereinigung mit der fortschrittlichen deutschen Arbeiterbewegung, die Großdeutschen die Vereinigung mit den Brüdern im Reich, und für Christlichsoziale wie Ignaz Seipel



war die „Verschweizerung“ der Österreicher angesichts ihrer Vergangenheit als Schöpfer und Bewahrer eines Großreichs, Bollwerk gegen den Osten und Bewahrer der Reichsidee im Sinne der katholischen Universalität, eine Horrorvision.

Dies gipfelte in dem von den deutschgesinnten Anführern des „Ständestaates“, Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg, vertretenen Konzept der Österreicher als den „besseren Deutschen“ im „zweiten deutschen Staat“. Überspitzt ausgedrückt: Wenn schon Anschluss, dann von Deutschland an Österreich, denn man könne das „Reichsvolk“ der Deutschen doch nicht dem kleinkarierten Nationalismus der protestantischen Preußen überlassen. Letztlich war dies eine eher untaugliche Strategie, um die Österreicher gegen Anschlussgelüste zu immunisieren. Außerdem bedeutete 1918 auch zwangsläufig eine der „reichischen“ Tradition zuwiderlaufende Provinzialisierung, wie sie ja sehr plastisch in den Vorschlägen für den Namen des neuen Staates – man denke an Karl Renners „Südostdeutschland“ oder „Deutsche Alpenlande“ – zum Ausdruck kam.

Der Anschluss 1938

In diesem Sinne war 1938 ganz klar eine Bekräftigung von 1918, und die Nationalsozialisten wussten dieses neue Lebensgefühl geschickt auszunutzen.⁴ Nicht nur wurde im Großdeutschen Reich ständig von der „stammlichen“ Gliederung des deutschen Volkes oder „allen Gauen des Reiches“ gesprochen. Auch die nur in einigen neuen Gebieten (wie eben Österreich) eingeführte Reichsgauverwaltung räumte den mit den alten österreichischen Ländern und seinen Stämmen großteils identischen Reichsgauen relativ viel, vor allem kulturelle, Autonomie ein und beseitigte die ungeliebte Wiener Dominanz. In anderen Worten: Man konnte Steirer, Tiroler, Oberösterreicher etc. sein, so viel man wollte, solange man die Zugehörigkeit zum größeren Deutschen Reich nicht in Frage stellte.

Auch das „Image“ von Österreich als bergiges Land, bewohnt von erdverwurzelten, geselligen Menschen mit künstlerischem Talent und einer phäakenhaften Expertise für *savoir vivre*, das sich durch die zunehmende Bedeutung des Tourismus während der Ersten Republik herausgebildet hatte, wurde von Altreichsdeutschen und „Ostmärkern“ weiter gepflegt. Merkwürdigerweise stand dem Wien nicht entgegen, denn bei aller Animosität wurde Wien doch als Kunstzentrum geschätzt, und auch die Wiener waren stolz auf die Berge.

Woran scheiterte also der Anschluss? Eine Rolle spielten sicher mentalitätsbedingte Reibereien mit den „Volksgenossen“ aus dem Altreich. Der entscheidende Grund war jedoch die Niederlage im Krieg. Als die Zivilisten bereits über die negativen Folgen des zunehmend ungünstig verlaufenden Krieges zu jammern begannen, waren die Soldaten weiterhin voller Loyalität. Aber am Ende blieb auch für sie nur eine noch desaströsere Niederlage als 1918 übrig, mit viel mehr Toten und Zerstörungen, Vertreibung, Besatzung, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Der Neubeginn 1945

Es ist somit kaum verwunderlich, dass die meisten Österreicher der 1945 untergegangenen Ordnung nicht nachtrauerten. Ganz ähnlich wie 1918 war auch 1945 die Hauptursache der verlorene Krieg. Der große Unterschied zu 1918 war jedoch die *Abgrenzung* von Deutschland. Freilich kam es nicht sofort zum vollständigen Bruch. Neben Albernheiten, wie es die vorübergehende Einführung der „Unterrichtssprache“ oder das vor unbewiesenen Behauptungen strotzende *Rot-Weiß-Rot-Buch* waren, finden sich noch bis in die 1960er Jahre Deutschtums-Bekennnisse selbst von SPÖ- und ÖVP-Politikern.⁵

Doch wissenschaftliche Studien dokumentieren den langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg von Österreichbewusstsein bei korrespondierender Abnahme deutschnationaler Gefühle.⁶ Und



auch wenn das Dritte Lager am Deutschtum festhalten mochte, so erteilte es Anschlussgedanken ebenfalls eine deutliche Absage. Vereinfachend kann man daher die Entwicklung des österreichischen Nationalempfindens im 20. Jahrhundert wie folgt zusammenfassen: Bis 1918: Deutsche im halbwegs geliebten eigenen Staat.

1918: Deutsche im ungeliebten eigenen Staat.

1938: Deutsche im anfangs noch geliebten (anderen) Staat.

1945: Nicht-Deutsche im zunehmend geliebten eigenen Staat.

So gesehen war 1945 am einschneidendsten, weil es auf zwei Ebenen tiefgreifende Veränderungen signalisierte, nämlich einmal die völlige Abkehr vom Deutschtum, und andererseits einen bis dahin ungekannten Trend hin zur Staatsbejahung. Beides dauerte eine Weile, aber im Gegensatz zu 1918 war von Anfang an klar, wohin die Reise gehen sollte.

1918 ist als zweitwichtigste Zäsur insofern signifikant, als es den Abschied von der imperialen Vergangenheit und damit eine Provinzialisierung einleitete, die 1945 den Weg ebnete. Das kann zusätzlich dahingehend eingeschränkt werden, dass das „reichische“ Bewusstsein wohl eher ein



Die Rote Armee im Kampf um das Parlamentsgebäude in Wien, unbekannter russischer Maler, 1945, St. Petersburg, Zentrales Artillerie-Museum

von Eliten getragenes Phänomen war. Andererseits zeigt sich eine gewisse Geschichtsmächtigkeit von 700 Jahren Habsburgerherrschaft in der von Lothar Höbelt im vorigen Beitrag festgestellten zunehmenden Bereitschaft der Österreicher im 21. Jahrhundert, die historischen Bindungen an ihre Nachbarstaaten

einer positiven Neubewertung zu unterziehen. In jedem Falle scheint 1918 nicht der tiefgreifende Einschnitt gewesen zu sein, den die katastrophale Situation nach Kriegsende vermuten lassen würde.

Am geringsten freilich dürfte die Zäsur von 1938 gewesen zu sein, da sie im Grunde nur die Entscheidung von 1918 bestätigte. Es ist eher die *Periode* von 1938 bis 1945, welche mit dem Übergang von anfänglicher Begeisterung zu Ernüchterung und Enttäuschung den Wandel nach 1945 ermöglichte. Dies wird unterstrichen durch die Kontinuität des Klischees vom bodenständigen, fidelen und kulturbegnadeten Alpenländer als Inbegriff der österreichischen Identität, welches sowohl 1938 als auch 1945 nahtlos übernommen wurde, und gegenteilige Beteuerungen wie Seipels Beschworung der universalen Reichsidee oder die während des Kalten Krieges gerne angerufene „Brückenfunktion“ Österreichs eindeutig in den Schatten stellte.

1 Pieter M. Judson, *Habsburg. Geschichte eines Imperiums. 1740–1918* (München 2017).

2 John W. Boyer, *Silent War and Bitter Peace: The Austrian Revolution of 1918*. *Austrian History Yearbook* 34 (2003): 1–56.

3 Hier sei daher nur verweisen auf Walter Wiltschegg, *Österreich – der „Zweite deutsche Staat“?* Der nationale Gedanke in der Ersten Republik (Graz 1992).

4 Zu den folgenden Ausführungen über die Anschlusszeit siehe

Thomas R. Grischany, *Der Ostmark treue Alpenöhne. Die Integration der Österreicher in die großdeutsche Wehrmacht, 1938–45* (Göttingen 2015).

5 Siehe die Zitate in der Rede von Friedrich Peter in: *Stenographisches Protokoll, 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XI. Gesetzgebungsperiode*, Mittwoch, 28. Juni 1967.

6 Siehe etwa Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse* (Wien/Köln/Graz, 1996).

Repräsentationsarchitektur im alten Wien

Von Michael Demanega



Die Auseinandersetzung mit der Architektur der Gründerzeit (etwa Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Monarchie) ist eine Beschäftigung mit den Gedanken und Ideen, die Menschen, besonders die bestimmende Klasse, prägen und lenken und die sich insbesondere in der Baukultur, der wohl sichtbarsten und nachhaltigsten Form von „Propaganda“, manifestieren. Vor allem die Wiener Ringstraßenarchitektur ist ein in Stein gehauenes Abbild der letzten Tage des Habsburgerreichs und symbolisiert gleichzeitig Wiens bewussten Weg zur Modernität und zur Weltstadt.

Für die Stadtmauern zur Verteidigung gegen äußere Feinde fand man im Wien des 19. Jahrhunderts genauso wie in anderen Städten keine wirkliche Verwendung mehr. Spätestens seit den revolutionären Umtrieben von 1848 war der gefühlte „Feind“ längst in das Landesinnere gerückt. Wichtiger als eine Stadtmauer sollte sich ein neu geschaffener Boulevard erweisen, der durch die Anbindung an die Kasernen gezielt zur schnellen Verlegung der Truppen angelegt wurde, dessen Breite die Verbarrikadierung verhindern und dessen polygonartiger Grundriss geradlinige Schussstrecken ermöglichen sollte.

Die industrielle Entwicklung von Österreichs Hauptstadt machte zudem umfangreiche Wohnbauprogramme notwendig, um den hohen Zuzug an Arbeitskräften decken zu können. Diese Lücken sollten raumordnerisch durch Integration der Vorstädte in die Stadt geschlossen werden. Dazwischen lag viel Land brach, das bebaut werden wollte.

Nicht zuletzt hegte die Monarchie dynastische Interessen, die zur politischen Inszenierung, wie sie die Ringstraße darstellt, bewegen sollten. So verbindet der Wiener Ring mit Staatsoper, Parlament, Rathaus, Burgtheater und Universität eine ganze Reihe staatlicher Gebäude mit Symbolwirkung. Dass im Zentrum der neuen Ringstraße rund um die Hofburg ein Kaiserforum nach römischem Vorbild entstehen sollte, unterstreicht den auf Ewigkeit gerichteten Anspruch, den die Monarchie sich stellte.

Der Bau der Ringstraße markiert eine Disruption in der Stadtentwicklung Wiens. Die verschachtelte, gewachsene Altstadt, die in ihrer organischen Entwicklungsgeschichte ihren besonderen heutigen Reiz hat, wurde am Reißbrett massiv nach außen hin erweitert. Das bedingte einen Maßstabswechsel. Die mittelalterliche Stadt war ganz aus der Perspektive des Fußgängers entstanden, die Häuser und Gelegenheiten fußläufig und kompakt angeordnet, die Stadt nicht für das Vorbeifahren, sondern für das Vorbeigehen konzipiert.

Eine Stadt im Weltmaßstab

Die Perspektiven sollten sich nun drastisch verschieben. Die Entfernungen, die sich mit der Erweiterung der Hauptstadt ergaben, waren auch nicht mehr ohne Weiteres fußläufig zurückzulegen. Oder anders ausgedrückt: Durch die Inbetriebnahme der ab 1868 vorerst durch Pferde und später elektrisch betriebenen Tramway, die die Stadt am Ring umkreiste, aber auch die Vororte in ein Verkehrssystem integrierte, mussten die einzelnen Stadtteile gar nicht mehr fußläufig erreichbar sein.

Von den Distanzen her, in denen die repräsentativen Bauten am Ring angeordnet wurden, war die Ringstraße daher längst für eine aufstrebende Großstadt konzipiert, die über ein effizientes Verkehrssystem zur gebündelten Verschiebung der Massen verfügte und die sich in das aufstrebende Eisenbahnwesen mit diversen Kopfbahnhöfen netzartig integ-



rierte. Diese verkehrstechnische Erschließung Wiens markiert einen geraden Weg in die Moderne, der umso stärker wirkt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Verkehrsinfrastrukturen bis heute hin als Adern des öffentlichen und individuellen Verkehrs bestehen und pulsieren.

Was sich in Wien damals abspielte, war eine Verschiebung des Weltmaßstabes. Wien spielte als aufstrebende Industriestadt und als Wirtschaftszentrum in einer Liga mit Paris und London und wollte der Konkurrenz geo- und wirtschaftspolitisch nicht nachstehen. Dem Anspruch, Weltstadt zu sein, genügte man auch dadurch, dass man das „Who-is-who“ der Architekturszene nach Wien lockte, was durchaus mit heutigen Stadterweiterungen vergleichbar ist.

Der Däne Theophil Hansen plante das Parlament nach dem Vorbild der Akropolis im Neo-Klassizismus, ebenso die Wiener Börse und den Musikvereinsaal. Das Wiener Rathaus wurde von Friedrich von Schmidt mit Bezug zur freien mittelalterlichen Stadt im Stil der Neo-Gotik als Machtsymbol des Bürgertums konzipiert. Die Staatsoper entstand hingegen ebenso wie das Naturhistorische und das Kunsthistorische Museum als Gebäude der Neo-Renaissance. Die letzteren Gebäude wurden vom Hamburger Architekten Gottfried Semper, einem Revolutionär von 1848, geplant, der auch das Burgtheater erschaffen hat. Ebenso im Neo-Renaissance-Stil baute Heinrich von Ferstel, der Ehrenmitglied des Lesevereins der Deutschen Studenten Wiens war, die Universität.

Der Historismus als „Corporate Identity“

Die Stadterweiterung Wiens stand ebenso wie heute selbstverständlich unter dem Eindruck einer persönlichen Selbstverwirklichung des Bauherrn und Planers im Bauwerk – mit dem Unterschied, dass man

sich damals noch in baukulturelle Zusammenhänge einzugliedern und überzeitlich zu denken vermochte. Heutige Architektur ist vielfach ausgefallen, steht in keinem Zusammenhang mehr mit der Umgebung, verliert den Bezug zu den Maßstäben, plant an der menschlichen Natur vorbei und ist höchstens eine Angelegenheit für 20 bis 30 Jahre, bis das „Moderne“ schließlich alt aussieht und abrisst.

Die bürgerlichen Bauherren der Gründerzeit wollten das Bestehende und den Adel übersteigern und bauten sich ihre eigenen Adels-Paläste im klassischen und tradierten Stil. Das lockerte sich erst zaghaft mit dem vermehrten Aufkommen des Jugendstils und später mit der frühen Moderne, die im Ansatz zwar immer noch auf klassische Formen zurückgriffen, jedoch den Kanon der klassischen Architektur nicht mehr stringent verfolgten.

Der Rückgriff auf den Jugendstil ist dabei durchaus auch mit dem Zuzug von Finanziers aus dem Ausland in einen Bezug zu setzen, die sich neuen Formen zuwandten. Festzuhalten bleibt in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass Juden 1860 die Realbesitzfähigkeit zugewiesen wurde, was das Geld jüdischer Familien nach Wien und besonders an den Ring lockte und dem Staat durch den Verkauf von Liegenschaften erst ermöglichte, die eigenen Prunkbauten zu finanzieren.

Dass im Rahmen der Ringstraße allerdings kaum Jugendstil anzutreffen ist und der Historismus wie in einem Freilichtmuseum strikt durchgezogen wurde, liegt durchaus auch an der Symbolpolitik der Habsburger, die an der eigenen architektonischen „Corporate Identity“ festhielten. Völlig überwunden wurden die Prinzipien der klassischen Architektur erst mit dem Aufkommen der Architektur der expliziten „Moderne“, die auch „International Style“ genannt wird, und die sich in marxistischer Manier von jeder Geschichtsge-



Michael Demanega ist als Bauingenieur in Wien tätig. Aus Salurn in Südtirol stammend, begann er sein Studium an der Università degli Studi di Trento, war anschließend von 2012 bis 2014 Generalsekretär der Südtiroler Freiheitlichen, ehe er an der Technischen Universität Wien sein Masterstudium in Bauingenieurwesen mit den Vertiefungsrichtungen Konstruktiver Ingenieurbau und Verkehrsplanung abschloss. Nebenberuflich studiert er Kunstgeschichte an der Universität Wien.



bundenheit und Bodenverbundenheit zu lösen glaubte.

Die Bautätigkeit der Gründerzeit war modern, ohne die Anmaßung nötig zu haben, sich „modern“ nennen zu müssen. Das verdeutlichte sich im Einsatz neuer Baumaterialien und Technologien. Der Einsatz von Stahl eröffnete ungeahnte Möglichkeiten, steigerte die Effizienz und den architektonischen Gestaltungsfreiraum. Das Bauen wurde industrialisiert und normiert, der Bauprozess damit drastisch vereinfacht. Die Häuser waren nicht höher als 4 bis 5 Stockwerke, um Innenhöfe angeordnet, ermöglichten folglich eine hohe Wohndichte bei trotzdem hoher Lebensqualität.

Überall stellen die Bauten der Gründerzeit den Bezug zur eigenen Vergangenheit her. Sei dies die antike Geschichte mit ihren Mythen und Bildern, die sich im Klassizismus, im Stil der Neo-Renaissance oder des Neo-Barocks äußern. Oder der Bezug zum volkstümlichen und einfachen Leben, zur Natur und zum Lebendigen, wie dies im Heimatstil verkörpert wird, der im Späthistorismus lokalisiert ist und in welchen die politische Romantik jener Zeit einfließt. Ein Spaziergang durch die Gründerzeitvillen der Wiener Außenbezirke lässt dieses grandiose romantische Lebensgefühl erahnen.

Die technologischen Vorzüge der Gründerzeitarchitektur sind bis heute hin erkennbar. Der der-



Opernring 1863: Baubeginn der k.k. Hofoper

zeitige Immobilien-„Boom“ rund um den Ausbau von Gründerzeithäusern zeugt von deren hoher baulicher Qualität: Gründerzeithäuser sind massiv gebaut, die Materialien sind weitgehend zeitlos und altern in Würde. Die Häuser verfügen über einfache und flexible Raummodelle, die – mit Abfangung der einen

oder anderen tragenden Wand – auch für heutige Verhältnisse offene Wohn- und Arbeitsräume ermöglichen. Darüber hinaus verfügen die Gebäude über großzügige Raumhöhen.

Schließlich hängt Gründerzeithäusern eine ganz besondere Aura an. Sie geben auch dem modernen „bourgeois bohémien“ das noble Gefühl von Bedeutung und Wichtigkeit in einer weitgehend sinnbefreiten Umwelt und lassen die eigene Provinzialität im Schein der mondänen Ringstraßenarchitektur vergessen. Die Architektur der Gründerzeit unterstreicht damit bis heute, dass die guten alten Zeiten nicht vorüber sind, sondern nachwirken, sie sind Zeugnis einer Kontinuität der Zeiten und der Stetigkeit des Lebens.

Darauf gründete wohl auch 1918 die junge Republik. Verstand sie sich vielleicht auch als „neu“, so fußte sie vom Selbstwertgefühl her doch auf einer großen Zeit, von der die Paläste, Plätze, Monumente und Straßen zeugen und die ihr bis heute ihr Bewusstsein und ihre „Grandezza“ verleihen.

Die retuschierte Identität

Von Gerhard Rihl



Es ist der 1. April 2000. Die Weltpolizei rückt aus, um Österreich den Prozess zu machen! Nein, es handelt sich dabei nicht um die gegen Österreich gerichteten internationalen Sanktionen während der im Februar 2000 angelobten ersten ÖVP-FPÖ-Regierung. Es handelt sich um die Handlung des Filmes *1. April 2000*.

In diesem von der damaligen Bundesregierung Figl in Auftrag gegebenen und mit großem Staraufgebot von Regisseur Wolfgang Liebeneiner gedrehten Streifen aus dem Jahr 1952 war ebenfalls kürzlich eine neue österreichische Regierung angelobt worden. Doch Österreich ist immer noch von den Alliierten besetzt! Nach langen, ergebnislosen Unabhängigkeitsverhandlungen mit den Siegermächten im Laufe der letzten 55 Jahre, erklärt der österreichische Ministerpräsident nun einseitig die Unabhängigkeit des Landes. Österreich wird daraufhin vor dem Gericht der Weltschutzkommission des Bruchs des Weltfriedens angeklagt.

Die Ordnungshüter treffen mit einem raumschiffartigen Flugobjekt ein und landen auf dem Vorhof des Schlosses Schönbrunn. Der Vernichtung des Landes sowie der Evakuierung der Bevölkerung können die Österreicher nur entgehen, indem sie die Gerichtskommission anhand der Demonstration ihrer Geschichte und Kultur überzeugen können, ein liebenswürdiges Volk zu sein. Dies geschieht, indem von Türkenbelagerung, Mozart, Maria Theresia, Wiener Walzer bis hin zum Wiener Wein praktisch alles strapaziert wird. Der Hintergrund des Filmes ist klar propagandistisch: Nach Kriegsende ging es

darum, dem Volk ein „Österreichbewusstsein“ zu vermitteln, das sich deutlich von Deutschland abgrenzte. Die Historie, mit welcher der Film arbeitet, ist dabei ebenso retuschiert wie die österreichische Identität, die er vermittelt.

Heute dominiert im kollektiven Bewusstsein die Idee, dass eine österreichische Nation schon seit Jahrhunderten existiert. Häufig wird dabei jedoch ausgeblendet, dass es ein ausgeprägtes österreichisches Nationalbewusstsein selbst in der Zwischenkriegszeit noch nicht gab.

Vieles der Carl Schmitt'schen Gedanken zu Nomos und Landnahme lässt sich auch auf die Ebene der kulturellen Konzepte übertragen. Anstatt physischer und rechtlicher Landnahme geht es hier jedoch um die Inbesitznahme von Deutungshoheit, die in weiterer Folge ebenfalls Räume erschließt, abgrenzt und nicht zuletzt über die Legitimität von Gedanken entscheidet.

In der Besatzungszeit fand die Landnahme einer kulturellen Idee statt – jener von der Österreichischen Nation. In so mancher Hinsicht war dies nicht ganz „unpraktisch“. Es ermöglichte einerseits Österreich, sich als erstes Opfer des Nationalsozialismus zu darzustellen, andererseits einem wichtigen machtpolitischen Ziel der Siegermächte Legitimität zu verleihen, nämlich der dauerhaften Trennung Österreichs von Deutschland. *1. April 2000* war eine der aufwendigsten, aber nur eine von vielen medialen Maßnahmen, in der diese Idee – sowohl von der Bundesregierung als auch von alliierter Seite – propagiert wurde.



Österreich

Der Raub der Europa, François Lemoyne,
um 1725, Puschkin-Museum, Moskau

Roman Haider

Auf neuen Wegen mit Europa

Leitlinien einer patriotischen
österreichischen Außenpolitik



Im politischen Diskurs Österreichs wird die Außenpolitik oftmals etwas stiefmütterlich behandelt. Dies ist verständlich, ist Österreich doch von befreundeten Staaten umgeben. Ernsthaftige politische Konflikte mit unseren Nachbarstaaten existieren glücklicherweise ebenso wenig wie direkte Bedrohungen. Dennoch haben die Ereignisse des Jahres 2015 den Österreichern auf drastische Weise vor Augen geführt, wohin Unterlassungen und Verfehlungen auch in der Außenpolitik führen können.

Nicht nur diese traumatischen Erfahrungen, auch der EU-Ratsvorsitz, den Österreich im Juni dieses Jahres übernommen hat, und die Ablehnung des UN-Migrationspaktes durch die Bundesregierung rücken die Außenpolitik wieder verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses. Mit Bundesministerin Dr. Karin Kneissl wurde die Außenministerin erstmals in Österreich von der FPÖ vorgeschlagen. So ist es seit Ende 2017 möglich, dass auch freiheitliche Positionen in die österreichische Außenpolitik einfließen – aus meiner Sicht eine sehr positive Entwicklung.



In Afrika sowie dem Nahen- und Mittleren Osten stehen Millionen Menschen in Warteposition, um irgendwie in das gelobte Land Europa zu kommen.



Das Floß der Medusa, Théodore Géricault, 1818 und 1819, Musée du Louvre

Denn das beherrschende Thema bleibt die Frage nach der inneren und äußeren Sicherheit. Angesichts der bereits erwähnten Massimmigration und der damit einhergehenden enormen Probleme ist dies wenig verwunderlich. Nicht nur die innere Sicherheitslage hat sich verschärft, auch an den Rändern Europas, keine drei Flugstunden von Wien entfernt, sind unzählige Konflikte zu beobachten. Der Bürgerkrieg in Syrien geht in sein siebentes Jahr, Libyen und der Irak sind de facto *Failed States*. Der Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter und selbst die Lage auf dem Balkan, insbesondere in Bosnien, ist zwar derzeit ruhig, unzählige Bruchlinien bestehen jedoch weiter. In Afrika sowie dem

Nahen- und Mittleren Osten stehen Millionen Menschen in Warteposition, um irgendwie in das gelobte Land Europa zu kommen.

Migrationspolitik als außenpolitische Priorität

Die Reaktionen sowohl der Europäischen Union als auch der Einzelstaaten auf die vielfältigen Herausforderungen waren bisher mehr als enttäuschend. Weder wurde ein ernsthafter und nachhaltiger Beitrag zur Stabilisierung der vielen Krisenregionen geleistet, noch wurden gemeinsame und koordinierte Maßnahmen zur Konfliktlösung unternommen. Die Abwehr illegaler Migration wird von den europä-



Solange jedoch kein effektiver Außengrenzschutz gewährleistet ist, muss Österreich diese Aufgabe selbst in die Hand nehmen.



ischen Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt, wobei sich die Waagschale inzwischen mehr und mehr hin zu einem restriktiven Kurs neigt.

Die Frage der Sicherheit ist deswegen sowohl für die österreichische Außenpolitik insgesamt als auch für den österreichischen Ratsvorsitz von zentraler Bedeutung. An erster Stelle steht auch hier der Kampf gegen die illegale Migration. Die Expertise des Außenministeriums in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden vor Ort soll hier als eine Art Frühwarnsystem dienen, um zukünftige Bedrohungen zu erkennen. Somit soll eine Situation wie 2015, als Österreich völlig unvorbereitet war, vermieden werden. Gleichzeitig sollen die Vertretungsbehörden im Ernstfall einer Krise ihre Schutzfunktion für Österreicher im Ausland effektiv wahrnehmen und als „Stützpunkte“ für diese dienen.

Innerhalb der EU ist es prioritäres Ziel, auf einen verbesserten Außengrenzschutz hinzuarbeiten. Allein dies ermöglicht die Bewahrung beziehungsweise Wiederherstellung der Freiheiten im EU-Raum, was besonders bei der Frage der Grenzkontrollen deutlich wird. Wie die bisherige Entwicklung zeigt, ist das aber eine besonders schwierige Aufgabe, gehen die Auffassungen über den Umgang mit illegalen Migranten doch noch immer weit auseinander. Eine tragfähige und zielführende Einigung über diese Frage während des kurzen Ratsvorsitzes erreichen zu wollen, wäre wohl utopisch.

Dennoch ist es unerlässlich, weiter auf die Unterbindung illegaler Migration auch auf EU-Ebene hinzuarbeiten. Immerhin zeigen die Beispiele der Kooperation Österreichs mit den Balkanstaaten oder in jüngster Zeit auch die Maßnahmen Italiens, dass es durchaus möglich ist, illegale Migration auf ein Mindestmaß zu beschränken. Solange jedoch kein effektiver Außengrenzschutz gewährleistet ist, muss Österreich diese Aufgabe selbst in die Hand nehmen.

Neben der Verhinderung illegaler Migration ist aber auch die Rückführung illegal aufhältiger Personen ein Problem. Viele Staaten weigern sich, ihre Bürger wieder aufzunehmen. Durch den – oftmals absichtlichen – Verlust der Personaldokumente wird dieses Problem noch verschärft. Auch hier ist das Außenministerium gefordert, auf die Heimatländer einzuwirken, um effektive Rücknahmeabkommen zu ermöglichen.

Konfliktmanagement rund um Europa

Problematisch bleiben auch die vielfältigen Konflikte vor Europas Haustüre. In den meisten Fällen schwankte die Reaktion der europäischen Staaten zwischen von schönen Worten untermalter Passivität und planlosen Einzelaktionen wie im Falle Libyens – mit den bekannten Folgen eines völligen Chaos. Die Einflussmöglichkeiten eines kleinen, neutralen Landes bei den verworrenen und von unzähligen Interessen beeinflussten Konflikten im Umfeld Europas sind natürlich begrenzt. Dennoch gibt es zwei Möglichkeiten, auf eine Lösung hinzuwirken, wenn auch oft der Erfolg ausbleiben mag:

Einerseits ist es wichtig, auf einen realistischen Blickwinkel zu drängen und dabei die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen. Eine manichäische Sichtweise wird den vielfältigen Ursachen und Hintergründen nicht gerecht und dient damit nicht zur Konfliktlösung. Vermeintliche Moral hat zugunsten eines fairen Interessenausgleiches in den Hintergrund zu treten.

Andererseits birgt der neutrale Status Österreichs gerade im Nahen Osten, wo kaum direkte österreichische Interessen verfolgt werden, die Möglichkeit als Vermittler aufzutreten. Indirekt betrachtet liegt die Lösung der Konflikte gerade im Orient natürlich auch im Interesse Österreichs. So ist der Orient nicht nur die Herkunft vieler Migranten, die Bürgerkriege



Das Ziel soll eine Redimensionierung und Neuausrichtung der EU sein. Sie soll sich auf ihre Kernbereiche konzentrieren.



dort sind das ideale Biotop für jene islamistischen Terrorgruppen, die Europa in Atem halten. Eine Stabilisierung entzöge diesen Gruppen zumindest teilweise Brutstätte und Rückzugsmöglichkeit. So oder so, die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit sind groß und werden uns, so realistisch sollte man sein, wohl noch Jahrzehnte beschäftigen.

ben der Flüchtlingsfrage stehen auch die Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn im Raum, die nicht gerade zu einem einigen Europa beitragen. Österreich sollte seine guten Beziehungen gerade zu den Staaten Mittel- und Osteuropas nutzen, um eine für alle Seiten annehmbare Einigung zu erzielen.

Für ein subsidiäres Europa!

Gerade die Freiheitliche Partei hat seit langem die negativen Auswüchse der EU kritisiert. Diese Kritik entstand jedoch nicht aus einer Ablehnung europäischer Zusammenarbeit. Ganz im Gegenteil sind es die vielfältigen unnötigen Einmischungen der EU, die die europäische Zusammenarbeit stören. So hat etwa gerade der Versuch der Zwangsverteilung von Flüchtlingen Europa gespalten. Dagegen bleibt die Gemeinschaft in Bereichen, in denen sie besonders gefordert wäre – wie beim Außengrenzschutz – untätig. Diese Schiefelage gilt es zu beenden. Das Ziel soll eine Redimensionierung und Neuausrichtung der EU sein. Sie soll sich auf ihre Kernbereiche konzentrieren, während alle anderen Aufgaben im Sinne der Subsidiarität bei den Nationalstaaten verbleiben.

Ein besonderes Anliegen ist neben dem gemeinsamen Markt als Ursprung und Kern die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kampf für mehr Sicherheit in Europa. In vielen anderen Bereichen soll das Prinzip „Weniger, aber effizienter!“ gelten. Dazu dient der Vorschlag einer umfassenden Entbürokratisierung der EU. So sollen europäische Rechtsakte mit einer Auslaufklausel versehen werden und für jedes neue Gesetz ein altes gestrichen werden. Dies würde den bisherigen Wildwuchs an europäischen Richtlinien und Verordnungen eindämmen und Kommission sowie EU Parlament zu mehr Sorgfalt drängen.

Neben diesem Fokus auf Subsidiarität gilt es die Bruchlinien innerhalb der EU wieder zu kitten. Ne-

Eine weitere EU-Erweiterung?

Obwohl die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei bereits vor 13 Jahren aufgenommen wurden, ist ein Beitritt ferner denn je. Bereits zu Beginn 2005 gab es enorme Vorbehalte sowohl einzelner Staaten als auch innerhalb der Bevölkerung Europas. Insgesamt gesehen war dieser Prozess ein Fehler. Obwohl von Anfang an klar war, dass die Widerstände in Europa nicht zu überwinden sein würden, wurden Verhandlungen geführt, die die Verhandlungspartner eher voneinander entfernt denn zusammengeführt haben.

Die Türkei ist und bleibt ein asiatisches Land mit völlig unterschiedlichen Traditionen und auch eigenen Interessen. Deswegen sollten die Verhandlungen über einen Beitritt abgebrochen werden, das wäre für beide Seiten die sinnvollste und auch ehrlichste Variante. Dennoch ist die Türkei ein wichtiger Partner der EU, sei es als Handelspartner oder auf Grund der geostrategischen Lage. Ein auf diese besondere Partnerschaft abzielendes eigenes Abkommen zwischen EU und Türkei wäre deutlich sinnvoller als der bisherige Schlingerkurs.

In einer anderen Situation befinden sich die Staaten des Westbalkans. Mit dem Beitritt Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens zur EU sind nur mehr fünf Nicht-EU Staaten am Balkan verblieben (Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Albanien). Dies sind unzweifelhaft europäische Staaten, denen langfristig ein EU Beitritt nicht verwehrt werden sollte. Man sollte aber auch



Der Globale Migrationsvertrag sowie andere internationale Verträge, die Migration begünstigen, sind damit strikt abzulehnen.



hier so ehrlich sein, festzuhalten, dass es sich dabei um eine langfristige Perspektive handelt. Vor einem Beitritt sind sowohl innerhalb der EU als auch in den Westbalkanstaaten noch viele Steine aus dem Weg zu räumen.

Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit

Als Exportnation muss ein Fokus der österreichischen Außenpolitik immer auf der Unterstützung der heimischen Wirtschaft im Ausland liegen. Die Botschaften sind in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft gefordert, unsere Unternehmen

bestmöglich zu unterstützen. Auch faire Handelsabkommen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wie emotional dieses Thema sein kann, hat die Diskussion über CETA und TTIP gezeigt. Um die Bevölkerung über die Vor- und Nachteile zu informieren, ist größtmögliche Transparenz wichtig. So wichtig Handelsabkommen für Österreich auch sind, so bedeutend ist dabei der Schutz heimischer Konsumenten und heimischer Unternehmer.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wiederum sind trotz großer finanzieller Aufwendungen die greifbaren Ergebnisse bisher eher dürftig ausgefallen. Deswegen ist es nötig, neue Wege in der EZA zu gehen. Der Ansatz der Außenministerin, verstärkt den Fokus auf Frauen in Entwicklungsländern zu legen, ist dabei nicht Ausfluss einer gestrigen Genderideologie, sondern zeugt von Realismus. Gerade in afrikanischen Staaten sind es in erster Linie die Frauen, die ihre Familien zusam-



Junge maurische Frau ein Tablett mit Teekanne und Tassen tragend, Alphonse Godefroy, undatiert (1890?)

menhalten und für das Einkommen sorgen. Deswegen ist bei der Unterstützung von Projekten, die von Frauen getragen werden, auch eher mit einem nachhaltigen Erfolg zu rechnen.

Es ist inzwischen auch eine Binsenweisheit, dass die Verbesserung der Lebensumstände in Entwicklungsländern zu einer Verminderung der Fluchtursachen führt. Realistisch gesehen wird eine echte Verbesserung der Situation in großen Teilen Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens aber Jahrzehnte in Anspruch nehmen; das Wohlstandsgefälle zwischen Europa und den an-

grenzenden Regionen wird sich nur sehr langsam verringern. Damit ist die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit als Strategie zur Migrationsvermeidung kurz- und mittelfristig nur begrenzt als taugliches Mittel anzusehen. Immerhin besteht die Möglichkeit, die Freigabe von Leistungen im Zuge der EZA an Bedingungen wie Rücknahmeabkommen zu koppeln. Außerdem wird im neuen Dreijahresprogramm die Schwerpunktsetzung auf Migration gelegt; die vorhandenen Mittel sollen auf weniger Staaten gebündelt werden.

Keine internationalen Abkommen zur Migrationsförderung!

Bis vor kurzem war der *Globale Vertrag für sichere, geordnete und geregelte Migration* wohl nur sehr wenigen Österreichern ein Begriff. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man die enormen Auswir-



Mag. Roman Haider studierte Betriebswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz. Neben seinem kommunalpolitischen Wirken ist der vormalige Bundesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend seit 2005 Mitglied im Landespartei Vorstand der FPÖ Oberösterreich sowie seit 2008 Abgeordneter zum Nationalrat. In seiner Funktion als Wahlbeobachter ist er weltweit unterwegs, zuletzt bei den Midterm-Elections in den USA. Als Vizepräsident des *Atterseekreises* engagiert er sich außerdem stark in der Jugend-Ausbildung.



kungen dieses Abkommens, das im Dezember in Marokko beschlossen werden soll, bedenkt. UN-Generalsekretär António Guterres hat im Jänner klar die Linie vorgegeben, indem er einerseits Migrationshindernisse scharf kritisierte und andererseits mehr legale Migrationswege forderte. Dies ist auch in der Zielsetzung Fünf (Objective 5) des Vertrages klar definiert.

Diese Zielsetzung widerspricht Österreichs Interessen diametral, weshalb die FPÖ einen Ausstieg aus dem Vertrag gefordert und auch durchgesetzt hat. Das Argument, der Vertrag sei nicht bindend, kann dabei nicht überzeugen. Trotz entsprechender Präambel ist der Vertrag selbst in rechtsverbindlichem Ton gehalten und soll nur der Beginn einer Neuregelung weltweiter Migration gemäß der oben erwähnten Zielsetzung der Erleichterung von Migration sein. Der Globale Migrationsvertrag sowie andere internationale Verträge, die Migration begünstigen, sind damit strikt abzulehnen; dies muss klare Zielsetzung österreichischer Außenpolitik sein!

Langfristige Strategien

Seit jeher war der Schutz der Südtiroler ein besonderes Herzensanliegen der Freiheitlichen Partei. Deswegen wurde die aktive Wahrnehmung der Schutzfunktion für Südtirol eigens im Regierungsprogramm verankert. Ausfluss dieser Festlegung wird die Doppelstaatsbürgerschaft für deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler sein. An der Umsetzung dieser Vorgabe wird zurzeit intensiv gearbeitet.

Zum Abschluss noch ein Ausblick auf ein paar Grundzüge für eine langfristige Ausrichtung österreichischer Außenpolitik: Leitlinien, die in Ös-

terreich allgemeiner Konsens sind, wie der Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe, Rüstungskontrolle und Atomwaffenbeschränkung (non-proliferation), das Engagement als neutraler Staat in internationalen Gremien oder der Einsatz für eine tragfähige Lösung des Nahostkonfliktes, werden konkretisiert, so dass sich der Schutz von bedrohten Minderheiten besonders auf die derzeit stark bedrohten christlichen Volksgruppen fokussieren sollte. Gleichzeitig soll die Abwehr religiös-extremistischer Ideologien wie des politischen Islam verstärkt werden.

Daneben muss die österreichische Außenpolitik auch der veränderten Weltlage Rechnung tragen. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert sich vom atlantischen in den pazifisch-asiatischen Raum. Dem gilt es durch Schwerpunktsetzungen in der Außenpolitik Rechnung zu tragen. Die von China initiierte „Neue Seidenstraße“ (One belt, one road) ist ein höchst ambitioniertes Programm, das mehr als ein Drittel der globalen Wirtschaft zu einem großen Raum zusammenschließen soll. Österreich wird jedenfalls an diesem Programm teilnehmen, das Asien und Europa enger miteinander verbinden soll.

Insgesamt soll sich die österreichische Außenpolitik an den Anliegen und Interessen der österreichischen Bevölkerung orientieren und dabei allgemeine Schwerpunktsetzungen der neuen Regierung, wie die Betonung des Themas Sicherheit oder die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, unterstützen. Damit zeigt sich auch in der Außenpolitik eine stringente und nachhaltig ausgelegte Linie, die im krassen Gegensatz zur Politik der Vorgängerregierung steht.

Über das Geschichte(n)-Erzählen

Von Siegfried Waschnig



Wenn wir in unserem Land den 100. Jahrestag der Republikgründung feiern und eine Rekonstruktion der Vorgänge wagen, die zur Geburt der Republik führten, dann „betreiben wir Geschichte“. Diese Rückschau ist ein vermeintlich einfacher Vorgang: Vergangenheit erscheint unveränderlich und liegt vor uns wie ein Gerippe, aus dem wir die Begebenheiten lesen (wollen), die uns zu dem gemacht haben, was wir sind oder was wir zu sein glauben.

Die tote Materie der Vergangenheit lässt scheinbar keine Zweifel: Der Weg vom Gestern zum Heute scheint klar vorgezeichnet und nachvollziehbar. Doch ein genauer Blick auf „Geschichte“ lässt erkennen, dass das Gerippe nicht leblos am Boden liegt, sondern einer Marionette gleich an Fäden hängt und die Kontrolle in unseren Händen ist. Wir sind Puppenspieler der Vergangenheit, bespielen so unsere Gegenwart und öffnen damit den Vorhang zur Bühne unserer Zukunft.

Rudolf Burger (*Wozu Geschichte? Eine Warnung zur rechten Zeit*, Molden 2018) bringt einen interessanten Gedanken ins Spiel, wenn er sagt: „Wir haben eine Vergangenheit, aber wir geben uns Geschichte. Und wir geben sie uns im Lichte eines Entwurfs – eines Entwurfs dessen, was wir sein und werden wollen; davon hängt ab, wer wir gewesen sind.“ So gesehen, definiert uns nicht Vergangenheit, sondern wir sind es, die der Vergangenheit eine Bedeutung beimessen, während wir sie deuten: Wir greifen in einen Topf unzähliger Begebenheiten und picken uns die heraus, die den Sinn des Bildes erfüllen, das wir von uns und unserer Umwelt zeichnen wollen. Wir packen unser Gerippe in ein besonders schönes Kleid, damit es ansehnlicher in den

Fäden hängt. Andere wiederum wollen das Gerippe nur in Fetzen sehen, weil sie keine Freude beim Anblick von Anmut und Schönheit haben. Aber jeder erzählt (eine) Geschichte. Und jede Geschichte ist gefärbt vom Geschichte(n)-Erzähler, bewusst oder unbewusst durchtränkt von Weltanschauung. Wie Burger sagt, macht es einen Unterschied, ob die Geschichte der Französischen Revolution von einem Jakobiner oder von einem Aristokraten erzählt wird. Und nicht nur dort, sondern überall, wo Geschichte definiert und „ins Leben gerufen“ wird.

Wir können uns mit dem Erzählen von Geschichte(n) die Zukunft verbauen. Denn wie Paul Valéry meint, kann die „falsche“ Geschichte Völker in ihrer Ruhe stören. Das verbittert Nationen, macht sie unausstehlich oder eitel. Einige Geschichten führen sogar zu Selbsthass und Zwiespalt und es gibt Erzähler, die genau das im Sinn haben und mit ihren Geschichten Keile in die Herzen der Nationen und Gemeinschaften treiben.

Wir können aber auch aus Geschichte(n) eine frohe Botschaft formen und ein Gegengewicht zu den Agitatoren liefern, die sich ihren Hass auf gemeinschaftsstiftende Überlieferungen zur Lebensaufgabe gemacht haben. Was vor allem wichtig in einer Zeit ist, in der wir über unsere Republik nachdenken und zu verstehen versuchen, woher wir kommen und wohin wir gehen wollen. „Geschichte rechtfertigt, was immer man will. Sie lehrt schlechterdings nichts, denn es gibt nichts, was sich mit ihr nicht belegen ließe.“ Gerade jetzt, wo so viele die Entstehungsgeschichte unserer Republik deuten, ist es besonders wichtig, auf unser Österreich und seine Geschichte(n) gut Acht zu geben. Denn nicht jeder hat mit seinen Erzählungen Gutes im Sinn.



International

Scene at the Signing of the Constitution of the United States,
Howard Chandler Christy, 1940, Capitol Building

Howard Chandler Christy
Oil on Canvas, 1940

Grand Old Republicans

Von Jörg Mayer



Wann immer von vorbildhaften Demokratien die Rede ist, wird zuallererst die Schweiz genannt. Kein Wunder, ist die direktdemokratische Partizipation des Volkes an der Gesetzgebung ja kaum irgendwo so verwirklicht wie in der Eidgenossenschaft. Dennoch ist dieses Vorbild verfehlt: Als Staatsgebilde *sui generis* lässt sich das schweizerische System auf keine andere Nation übertragen. Denn die Schweiz ist in gewissem Sinne eine Exklave der Weltgeschichte. Ein vorbildhaftes republikanisches Gemeinwesen muss man jedoch dort suchen, wo weltgeschichtliche Herausforderungen den Staat auch einer harten Prüfung unterzogen haben.

Mehr als der Blick auf die Schweiz lohnt daher eine Betrachtung der Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht zu Unrecht manchmal eine Schweiz im Großen genannt werden – etwa was den ausgeprägten Föderalismus betrifft, das selbstbestimmte Gemeindeleben oder die vielen erfolgreichen Bürgerinitiativen. Eine weitere Parallele liegt sicherlich in der Wehrhaftigkeit, die sowohl die USA als militärische Vormacht und Land der freien Waffenbesitzer auszeichnet, als auch das Selbstverständnis der Eidgenossen prägt, die schon im ausgehenden Mittelalter mit ihren „Reisläufern“ die europäische Söldnerelite gestellt und bis heute ihre Landesverteidigungskultur bewahrt haben.

Die Voraussetzungen beider Staatswesen könnten allerdings unterschiedlicher nicht sein. Das beginnt schon mit der schieren Ausdehnung der erst in einem langen Expansionsprozess erschlossenen amerikanischen Landmasse, ihren vielgestaltigen Klimazonen und der Lage zwischen zwei Weltmeeren, nebst weltweiten Stützpunkten. Die Schweiz





dagegen ist seit jeher ein alpiner Kleinstaat mit seit Langem fixen Staatsgrenzen. Beherbergen die USA heute inklusive undokumentierten Einwanderern an die 340 Millionen Menschen, umfasst die Schweiz gerade einmal 1/40 dieser Bevölkerungszahl. Zu all dem kommt, dass sich die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte eminenten weltgeschichtlichen Herausforderungen stellen mussten, während die Eidgenossenschaft traditionell an den Wirren der Zeiten vorbeisegelt.

Die Anforderungen, die sich an die eidgenössische Verfassung ergeben, sind also denkbar gering, während die US-amerikanische Verfassung stets den höchsten Spannungen standhalten musste. Und so hat es die USA – wenn auch durch unglückliche politische Fügung – zwischen 1861 und 1865 im Zuge des Sezessionskrieges ja tatsächlich zerrissen. Doch auch hier gelang nach einem Jahrzehnt der *Reconstruction* eine Rückkehr in die verfassungspolitische Normalität. Und noch heute gilt daher dieselbe Verfassung, die einst von den Gründervätern der amerikanischen Republik 1787 verabschiedet wurde.

We the People...

Wie ist es möglich, dass eine Republik über so einen langen Zeitraum Bestand hat? Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hier gewiss der gemeinsame Gründungsmythos: die Unrechtserfahrung unter der Herrschaft der britischen Krone, das erfolgreiche Aufbegehren der Patrioten bis zur Unabhängigkeitserklärung 1776, der Sieg im Unabhängigkeitskrieg 1783, die Staatsgründung auf Basis der philosophischen, rechtlichen und religiösen Tradition. Doch all das erklärt nicht, warum die Verfassung von 1787 auch jene Zeiten überlebte, in denen sich die Ur-Werte, aus denen erst sich der republikanische Geist speist, schwer in Bedrängnis fanden. Was ist das Geheimnis eines Verfassungsentwurfs, der stabiler ist als wechselnde Mehrheiten und sie allesamt überdauert?

Die Antwort darauf ist: der urfreiheitliche Gehalt dieser Verfassung, die starken Garantien unveräußerlicher Bürgerrechte, die Beschränkung des Staates auf klar definierte Kernaufgaben. Aber genau diese

Antwort ist falsch. Denn dies alles steht aufgrund von Abstimmung und Federstrich in der Verfassung – und kann mit Abstimmung und Federstrich jederzeit wieder verschwinden. Es ist nicht die berühmte *Bill of Rights* von 1789, die das Bürgerrecht wahrt – mit ihren Garantien von Redefreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Waffenbesitz, Hausrecht, Eigentum, Privatsphäre, Habeas Corpus, usw. Auch kommunistische Regimes haben ganz wunderbare, ja oft viel umfassendere Menschenrechtsgarantien. Die Sowjetunion etwa garantierte ihren Bürgern ausdrücklich, dass jeder das Recht habe, das Regime zu kritisieren, und dadurch keine Nachteile erfahren dürfe. Ja, aber das ist nur Tinte auf Papier...

Der eigentliche Grund, warum diese Rechte in den USA all die inneren Konflikte, Probleme und Herausforderungen, den Wechsel aller Zeiten, Moden und Ideologien überlebt hat, ist die verfassungsmäßige Struktur des Staates selbst, sind seine Rechtserzeugungsregeln.

Checks and Balances

Sobald im US-Kongress heutzutage nicht beide Kammern von einer Partei dominiert werden, liest man überall, auf dem Kapitol herrsche „gridlock“, also totaler Stillstand. Nichts gehe weiter, alles sei blockiert, das System dysfunktional. Doch genau so war die Republik gedacht, genau so sollte es sein. Kein neues Gesetz sollte gegen die demographische Mehrheit beschlossen werden können (repräsentiert im von gleich großen Einerwahlkreisen beschickten Repräsentantenhaus), doch ebenso keines gegen die geographische Mehrheit (repräsentiert vom mit zwei Senatoren pro Staat beschickten Senat).

Es ist völlig klar, dass es kein leichtes Unterfangen ist, dieselbe Formulierung durch zwei gleichberechtigte Kammern zu bringen, in denen das freie Mandat noch dazu aufgrund des personenbezogenen Wahlsystems viel mehr zählt als die Parteidisziplin. Und selbst wenn dies gelingt, hat der direkt gewählte Präsident noch ein Veto-Recht. Das ist verfassungsmäßig perfektionierter „gridlock“. Wobei freilich bei Verfassungsgesetzen die Hürde noch höher ist: 2/3 beider Kammern müssen hier



zustimmen, 3/4 der Staaten ratifizieren. Damit ist garantiert, dass weder ständig unnötige Gesetze verabschiedet werden, noch dass die Verfassung dem tagespolitischen Zugriff ausgeliefert ist.

So gesehen, war die Verfassungsgebung in den Vereinigten Staaten also ein alle nachfolgenden Generationen bindender, gleichsam nachhaltiger autoritärer Akt. Der Leitgedanke war, eine Republik zu schaffen, die zwar demokratisch ist, aber ohne den wechselnden Stimmungslagen des Volkes zu folgen. Stattdessen wird der Volkswille aufgehoben im dreifachen Sinne: als solcher in seinem unsteten Begehren abgewiesen, zugleich aber in die verständigere Debatte emporgehoben und dadurch auf dieser höheren Ebene bewahrt.

Das ist auch der Grund, warum selbst heute noch die USA mit einer fähigen politischen Elite gesegnet sind. Keine Frage, Washington D.C. steckt bis zum Halse in Korruption – aber wer nicht sieht, dass ein Staatswesen dieser Größenordnung unweigerlich Korruption gebiert, hat keinen Sinn für Relationen. Die USA können nicht selig sein wie eine Schweiz. Dass eine kontinentale Republik dieses Ausmaßes dessen ungeachtet seit zweieinhalb Jahrhunderten Bestand hat, das ist nicht ein Regelfall des Staatenlebens. Es ist eine seltene Ausnahme.

Co-equal Branches of Government

Ein Blick auf Europa offenbart eine ganz andere Verfassungsrealität: Wenn in Europa etwa heute von Gewaltenteilung die Rede ist, geht es fast immer nur um die Judikative. Ja, es ist sehr schön, eine unabhängige Gerichtsbarkeit zu haben, das gibt es in den USA auch. Was in Europa aber nicht einmal versucht wird, ist die Exekutive wirklich von der Legislative zu trennen. In den USA wird der Regierungschef direkt vom Volk bestimmt (wobei auf jeden Staat Wahlmännerstimmen gemäß seinen Kongresssitzen entfallen), von ihm, dem Präsidenten, leitet sich die Macht seines Kabinetts und aller Beamten ab. Die Gesetzgebung aber geschieht in den Ausschüssen des Kongresses oder durch Konferenz zwischen den Führern des Kongresses unter Rücksicht auf die Veto-Macht

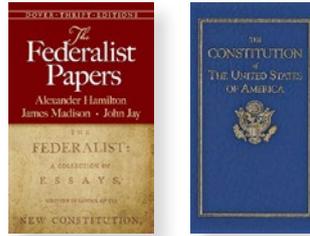
des Präsidenten. Daraus folgt, dass Präsident und Kongress zu einer Zusammenarbeit finden müssen, weil sie unabhängig voneinander Bestand haben. In Europa dagegen ist diese Trennung von Legislativ- und Exekutivgewalt unverwirklicht, die Exekutive ist eine reine Kreatur der Legislative. Selbst in Präsidialsystemen wie Frankreich führt ein Premier die Regierung, der von der Nationalversammlung jederzeit entlassen werden kann. Allenfalls die Türkei hat mit ihrer neuen Verfassung eine wirklich unabhängige Exekutive – freilich unter den Vorzeichen einer Semi-Diktatur, in der wiederum die Legislative als eigenständige Staatsgewalt verfassungsmäßig ausgeschaltet ist. Der Rat der EU wiederum ist ein reines Legislativorgan von Exekutivorganen.

So oder so, insofern die nationalen Regierungen in Europa allesamt in ihrem Bestand von den Parlamenten abhängig sind, fallen sie notgedrungen ständig mit der Parlamentsmehrheit zusammen. Das logische Ergebnis ist, dass die Parlamente hauptsächlich als Erfüllungsgehilfen ihrer Regierungen agieren.

A Republic – If You Can Keep It!

Keine Frage, auch die Vereinigten Staaten sind längst nicht mehr die ideale Republik. Zweieinhalb Jahrhunderte der Rechtsentwicklung haben ihre Spuren hinterlassen. In den berühmten *Federalist Papers* – für staatsrechtlich Interessierte eine höchst ergiebige Lektüre – nannte James Madison einst die Gewalten, die von der Verfassung der Bundesregierung übertragen worden sind, wenige und begrenzte, jene Gewalten aber, die bei den Staaten verblieben, zahlreiche und unbegrenzte. Das ist schon lange nicht mehr so.

Jüngste Anschläge auf die Souveränität der Staaten waren etwa das als „Obamacare“ bekannte, landesweit oktroyierte Gesundheitssystem, sowie die höchstgerichtliche Aufhebung der staatlichen Hoheit über die Ehegesetze, Stichwort „Homo-Ehe“. Weitere Meilensteine dieser Erosion sind das gegen die Staaten durchgesetzte Verbot, eigenständig Fremdenrecht zu exekutieren und Personen aus ihrem Staatsgebiet abzuschleppen, sowie die regelmä-



Bige Aufhebung staatlicher Einschränkungen der Kindesabtreibung.

Ein nicht unerhebliches Problem ist dazu die mittlerweile eingeübte Rechtspraxis, die in der *Bill of Rights* festgeschriebenen Verbote an die Bundesregierung entgegen der ursprünglichen Intention auch auf die Staaten selbst anzuwenden – die sich damit ja keineswegs selbst binden wollten, sondern nur sicherstellen, dass der Bund seine Kompetenzen nicht überschritte. Mit dem 14. Verfassungszusatz von 1868, mittels dessen nach dem Sezessionskrieg allen Bürgern der gleiche Schutz der Gesetze garantiert wurde, ist die Anwendung dieser Grundrechtsgarantien auch gegen die Staaten aber nachvollziehbar. Insofern hat sich freilich die *Bill of Rights* für die Autorität der Staaten langfristig als zweischneidiges Schwert erwiesen.

Nicht unbedeutend hierbei ist auch der 17. Verfassungszusatz von 1913, mit dem recht gedankenlos die Direktwahl der Senatoren eingeführt wurde. Damit verlor der Senat teilweise seinen Charakter als Staatenvertretung – eine problematische Störung der feinen Machtbalance der US-Verfassung. In diesem Sinne kann das Wort Benjamin Franklins von der „Republik, wenn ihr sie denn bewahren könnt“, heute mit einem lachenden und einem weinenden Auge gelesen werden.

A Republican Restoration

Doch es ist noch nicht aller Tage Abend. Dank einem verwegenen *Va-banque-Spiel* im Senat konnte etwa der Höchststrichterstuhl des verstorbenen Antonin Scalia, eines unermüdlichen Kämpfers für eine treue Verfassungsinterpretation, nicht vom letzten

linksgerichteten US-Präsidenten nachbesetzt werden, sondern blieb bis zur Wahl Donald Trumps offen (der sich bei seinen Richterbestellungen von zwei verfassungstreuen Thinktanks, der *Federalist Society* und der *Heritage Foundation*, beraten lässt).

Mit den Bestellungen von Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh hat das Höchstgericht jüngst zwei Anhänger des „Originalismus“ bekommen – wie jene Interpretationspraxis heißt, bei der ein Text nach seinem Wortlaut, wie er zum Zeitpunkt der Gesetzgebung gemeinhin verstanden wurde, ausgelegt wird. Damit gibt es auf viele Jahre eine stabile rechte 5:4-Richtermehrheit gegenüber dem linken juristischen Aktivismus. Die Bestellung verfassungstreuer Richter setzt sich bei den Bundesberufungsgerichten fort. Durch die nach den jüngsten Wahlen größere Mehrheit der Republikaner im Senat – der „Rat und Zustimmung“ bei Richterernennungen geben muss – wird sich die eingeleitete juristische Wende noch beschleunigen, was es vielleicht sogar ermöglichen wird, einige der Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten die amerikanische Verfassung untergraben, den bürokratischen Apparat aufgeblasen, die Autonomie der Bürger eingeschränkt und die Souveränität der Staaten kastriert haben, wieder zu korrigieren.

Dass die USA wieder ein föderalistischer Bund vereiniger Staaten werden, ist freilich unwahrscheinlich. Sicher ist aber, dass wieder mehr vom republikanischen Geist Einzug halten wird, um ein Bollwerk zu bilden gegen die immer maßlosere Macht jener Wählermassen, die den Staat zum Dienstleister ihrer Begierden machen wollen – anstatt zu ihrem Zügler, wie es die alte Idee und ewige Aufgabe eines republikanischen Staatswesens ist.

Ergo bibamus!

Von Laila Mirzo



Jetzt in der Vorweihnachtszeit, wenn die letzten Tage des Jahres vom Kalenderblatt gerissen werden, konkurrieren die TV-Sender wieder um die beste Jahresrückblick-Show. Menschen, Bilder, Emotionen oder der nervigste Sommerhit defilieren über die geplagte Mattscheibe.

Dieses Jahr mag sich ein Rückblick jedoch lohnen, nicht allein auf die letzten 12 Monate, ganz sicher aber auf die letzten 100 Jahre. Denn 2018 ist ein Jahr, um Jubiläen zu feiern, und ein Jahr, um in Gedenken inne zu halten. Es ist reich an geschichtsträchtigen Jahrestagen: Österreich feiert 100 Jahre Republikgründung, Deutschland 100 Jahre Novemberrevolution, Europa feiert in Staatsakten das Kriegsende von 1918, in Bayern freut man sich über 100 Jahre Freistaat und Frauen sind stolz auf 100 Jahre Frauenwahlrecht.

Es gab heuer also viele Anlässe, sich in edlen Zwirn zu schmeißen und vergnüglich mit Prickelwasser anzustoßen. So soll es auch sein. Aber lasst uns nicht vergessen, wie der Weg dorthin ausgesehen hat. Die Geschichte hat uns mächtig zur Kasse gebeten, wir mussten einen sehr hohen Preis für die heutigen Errungenschaften bezahlen.

Die Errichtung der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden war nur durch die Vorarbeit couragierter Menschen möglich, die bereits im Jahre 1848 den Grundstein für das Haus der Demokratie setzten. Die bürgerlich-demokratischen Bewegungen der Märzrevolution erhoben sich gegen die Restaurationsbestrebungen der deutschen Herrscherhäuser, forderten Mitbestimmung, Presse- und Meinungsfreiheit. Ihr Einsatz, sei es auf den Podien oder auf der Straße, ihr Wagemut und ihre Opferbereitschaft hat der Demokratie und

den rechtsstaatlichen Prinzipien, die wir heute für selbstverständlich halten, den Weg bereitet.

Eine Gesellschaft, die eine Erinnerungskultur pflegt, ist anderen Gemeinschaften voraus, denn wer ein historisches Tagebuch schreibt und den Nachkommen regelmäßig daraus vorliest, bewahrt einen kostbaren Erfahrungsschatz. Neben der Vernunft und dem freien Willen, besitzt der Mensch nämlich die Sprache als entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber den Tieren. Die Fähigkeit, an der Feuerstelle über erlebte Erfolge und Misserfolge zu sprechen oder sein Wissen über heilende Pflanzen an die anderen weiterzugeben, bewahrte nachfolgende Generationen davor, Fehler zu wiederholen.

Rituale und Traditionen waren die „Cloud“, die Datenbank unserer Ahnen. Deswegen tun wir heute gut daran, das Wissen auch außerhalb von Wikipedia lebendig zu halten. Denn wer nicht an die Geschichte erinnert, läuft Gefahr, auch die Schattenseiten zu wiederholen. Gerade in der „postfaktischen“ Zeit, in der Medien Berichterstattung mit einseitiger Meinungsmache verwechseln, Menschen in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt werden und aus dem Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau eine hysterische Hybris geworden ist, ist die Besinnung auf die Ideale und Tugenden unserer Vorreiter dringend zu empfehlen.

Ein Ende der Monarchien wäre ohne Menschen wie Robert Blum – viele Jahrzehnte vor 1918 – nicht denkbar gewesen. Darum lasst uns gedenken und lasst uns auch feiern. Denn wer die Erfolge und Sternstunden feiert, kann Mut schöpfen und den Herausforderungen der Zukunft ins Gesicht blicken.



Feuilleton

„FA“, aus einem Photozyklus
von Gerhard Rihl, 2013

Auf den Trümmern der neuen Gesellschaft

Von John Hoewer



Architektur und seine Erschaffer haben nach Le Corbusier die zentrale Aufgabe, die Voraussetzungen zur „kosmischen Reintegration“ von Menschen und Werk zu schaffen, den evolutionären Entwicklungsweg der Menschheit anzuregen und zu fördern. Allein der Architekt sei imstande, den Einklang zwischen dem Menschen und seiner Umgebung herzustellen.¹ Urbane Architektur als Mittel der Volkserziehung: ein Werkzeug vergangener Regime, ohne Konterpart in den nicht-kommunistischen Gesellschaften des Westens sowie der Gegenwart – oder nicht?

Im Gegenteil, das „Ende der Geschichte“, es war keines. Der post-ideologische Feenstaub, der aus den Trümmern der Berliner Mauer emporstieg, verdeckte bloß den Blick auf die ideologische Durchsetzung der bundesdeutschen Gesellschaft. Politisch aufgeladene Glas- und Betonpaläste liefern die perfekte Kulisse für die Nicht-Gemeinschaft vieler Einzelner. In der realexistierenden Bundesrepublik Deutschland weht, frei nach Erich Weinert, das bunte Banner der Vielfalt auf jedem Acker und jeder Fabrik.²

Die stille (?) Durchideologisierung der Bundesrepublik stieß seit jeher in die Leere staatlicher Repräsentanz sowie in die metapolitische Ödnis einer problematisierten und bis heute schwierigen gemeinschaftlichen Identitätsfindung der Bundesrepublik und ihres Staatsvolkes, das kein Volk im engeren, tatsächlichen Sinne mehr sein



darf. Als strikter Gegenentwurf zum Dritten Reich sowie aus der daraus resultierenden Skepsis gegenüber Kollektiverzählungen verstand sich die BRD ganz bewusst als „bildloser Staat“, als „abstraktes Gebilde“, in dem „Understatement und Repräsentation auf Minimalstufe“ herrschen sollten. Diese Minimalstufe im Mut zum Eigenen charakterisiert dabei freilich nicht nur den ganz besonderen Menschentypus des „Bundesbürgers“, der sich im Zuge zunehmenden Wohlstands entpolitisierte und ins „motorisierte Biedermeier“ zurückzog – sondern naturgemäß auch die Architektur politischer Funktionsbauten und erziehungspolitischer „Vorzeigeprojekte“ der städtischen Öffentlichkeit.³

In den Anfängen der Bonner Zeit offenbarte sich jedoch das Dilemma einer Republik, die sich einerseits als vermeintlich ideologiefre und in ihrer lebenden Institutionalisierung als nüchterner Bürgerstaat verstand, andererseits aber dennoch darauf angewiesen war, auf den buchstäblichen Trümmern einer alten Ordnung eine zumindest seichte Form des gemeinschaftlichen Neubeginns zu begründen.

Ein zweites Dilemma ergab sich aus der innerdeutschen Teilung. So musste das politische Bauen zwar erkennbar machen, dass man auf der richtigen Seite der Sieger stand; jedoch durfte der Riss nicht so tief werden, als dass er einer raschen Wiedervereinigung sämtliche Türen zuschlagen würde. Die ungeklärte Hauptstadtfrage förderte ebenfalls eine Art architektonisches Dauerprovisorium: zunächst baulich kennzeichnend für das politische Zentrum, später für die gesamte BRD, in deren Innenstädten zunehmend eine fatale Mischung aus prosperitätsbedingtem Bauboom und ideologisch-modernistisch motiviertem Eifer wüten sollte.⁴

Dieser begnügte sich schon bald nicht mehr nur damit, die von alliierten Bomberverbänden gerissenen Schneisen mit seelenlosen Allerweltsbauten zu verbauen. Selbst intakte, prachtvolle Gebäude und ganze Straßenzüge fielen dem modernistischen Fu-

ror zum Opfer. War die ideenlose und qualitativ arme Nachkriegsarchitektur auch mit der kriegsbedingten Wohnungsnot erklärbar, gewann in der Folge eine aus der Geisteshaltung der Niederlage gespeiste Umerziehungsarchitektur die Überhand. „Unsere Städte sind stärker von Architekten als von den Bomben ruiniert“, kommentierte diesbezüglich Ernst Jünger.⁵

Einfalt als „Vielfalt“

Mit den Konsumgewohnheiten internationalisierte sich dann auch die Architektur. Aus dem banalen Mittelmaß des Provisoriums geriet die BRD nicht nur weltpolitisch in den Strudel des hegemonialen Universalismus westlicher Prägung. Mit den modernisierten Innenstädten versank auch der Bundesbürger im scheinbar unideologischen Rausch der späten Moderne. Volle Regale und Bäuche füllten die staatspolitische Leere, während der nun schöne Deutsche seine prallen Einkaufswagen durch die modernen Betonwüsten schob, in denen sich die Architekten des Fortschritts mit immer klobigeren Bauten austobten. Aufgrund der radikalen Ablehnung von Ewigkeit und Verortung seitens der Gesellschafts- und Stadtplaner entwickelte sich parallel zur Wegwerfkultur der immer rascher überholten Mode-, Musik – und Stiltrends auch architektonisch ein Wettlauf des baulichen Nonsens, der weder einen Bezug zur ursprünglichen Stilumgebung aufwies, noch den Wohn- und Heimatbedürfnissen seiner „Insassen“ entsprach, die sich in Konsumismus und Kitsch flüchteten.

Die Architektur der raumlosen Innenstädte verkörperte jedoch nicht zufällig die immer stärker zutage tretende Vision des Gleichheitsgedankens der Gesellschaften westlich des Eisernen Vorhanges, in der BRD freilich katalysiert durch die Klaviatur der Vergangenheitsbewältigung.⁶ Wo jedes noch so geringe Ornament den Verdacht des erneuten Abdriftens auf Sonderwege bedeuten konnte, da fiel es



besonders leicht, auch baulich jedwede Überzeitlichkeit und Überlieferung zu tilgen oder durch modernistische Elemente aufzubrechen. Nicht selten, um buchstäblich einen Keil zwischen heimatlichen Ursprung und Vision der Moderne zu treiben.⁷ Politische und architektonische Motive gleichen sich derweil: Internationalisierung, Fortschritt, Vielfalt, Demokratisierung.

Kaum verwunderlich also, dass immer mehr Menschen sich auch vom Demokratiebegriff der „anständigen Demokraten“ verabschieden, wenn dieser – kurz gesagt – die totale Entortung propagiert und sich eines Volksbegriffes bedient, der den „länger hier Lebenden“ das Heimatrecht abspricht und die Insassen der modernen Gesellschaft in die leere Kälte der durchrationalisierten Innenstädte verpflanzt: eine Leere, die mit dem identitätslosen Nichtvaterland der BRD harmoniert.

Sollte das funktionale und bescheidene Bauen der frühen BRD – deren Wohnbungalows und bescheide-

nen Wohnsiedlungen Bonner Prägung immerhin ein gewisses Maß an Heimeligkeit vermittelten – auch im Sinne der metapolitischen Staatsidee das grundgesetzlich verankerte Primat der Würde des Individuums und dessen Vorrang vor kollektivistischen Gemeinschaftsideen verdeutlichen, offenbarte sich nun die Kehrseite der Medaille: In der Leere des nüchternen und weltanschaulich entpolitisierten Funktionsstaates hatte sich die aggressive kulturmarxistische Ideologie eingenistet, die heute, in Form eines liberalen Internationalismus, als postmoderner Kosmopolitismus herrschende Weltenform ist.⁸

Der ideologische Subtext des Westens

Anders als in den kommunistischen Staaten des Ostblocks kam das Gespenst der Ideologie in den kapitalistischen Gesellschaften nicht mit Paraden und beflaggten Aufmärschen, sondern auf leiseren Pfoten daher. „Die perfekte Ideologie“, schreibt der ita-



lienische Philosoph Diego Fusaro in einem Beitrag für den kürzlich erschienenen Sammelband *Marx von rechts*⁹, „ist jene, die sich dadurch unsichtbar macht, indem sie das Ende der Ideologien zelebriert.“ Der Weg in die „Gleichheit“, in den nichtkommunistischen Gesellschaften bediente er sich des Umweges über die „Gleichgültigkeit“: eine Gleichgültigkeit gegenüber allem Eigenen, allem Ursprünglichen und jedweder Überlieferung, die sodann als Einfallsfaktor radikaler Heterogenisierung funktioniert, die auf globaler Ebene zu der gewünschten Gleichheit führen soll. Konkreter: zum Gelingen eines „historisch einzigartigen Experiments [...], eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln.“¹⁰

In der scheinbar ideologiefreien Postmoderne musste die Utopie jedoch ins Jetzt verlagert, die Utopie selbst zur immer neu auszuhandelnden Heimat werden, die nur mehr aus Suche und Wandern besteht und die man in der „Migrationsgesellschaft“ an den Schuhen trage, wie die von einer typischen Entortungsbiografie geplagte Aktivistin „May Ayim“ (eigentlich Sylvia Brigitte Gertrud Opitz) einst schrieb.¹¹ Dass es bei dieser Transformation „aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen“ – sprich: Verdrängung, Mord und Totschlag – kommen würde, war eingeplant. Nicht eingeplant war die rechte „Revolte gegen den Liberalismus“¹², deren weltanschaulicher Kern, kurz gesagt, aus der politisierten Sehnsucht nach Heimat, Homogenität und Identität besteht.

Nach Jean-François Lyotard zeichnet sich die Postmoderne dadurch aus, dass der Glaube an die „großen Erzählungen“ vorbei sei. Nun, da der ideologische Kern des scheinbar unideologischen, geschichtlich prädestinierten Vorgangs der Globalisierung enttarnt ist, stehen die Vordenker der „neuen Gesellschaft“ jedoch vor der Herausforderung, ihrerseits ein Meta-Narrativ zu erzeugen, um die kaputt-heterogenisierten Gesellschaften Mitteleuropas legitimieren zu können. Das aggressive bunte Propagandagetöse ist Ausdruck dieses Versuches.

Fusaro führt berechtigterweise an, dass die Schwierigkeit jedoch daraus besteht, aus dem Korsett der subalternen Inklusion auszusteigen, welches Globalisierung, Entfremdung und letztlich die Auflösung der Völker in weltumspannender Weise anheizt. Tatsächlich: die systemischen Abwehrkräfte erscheinen im Mantel der Revolte. Sie legen sich wie ein wohliger Schleier in die Risse zwischen Sehnsucht und Realität des bunten Nichtortes. Beispielhaft dafür etwa ist die Hochkonjunktur des Begriffes „Heimat“: in Debatten, Ministeriumsbezeichnungen, etikettiert auf den so beworbenen Konsumgütern der hypertrophen Discountmärkte – während freilich weiter jeglicher zivilisatorische Nexus zwischen Mensch und Boden auch staatlicherseits gelehnt und zersetzt wird. Nicht weit ist da die Dominanz des Tauschwertes, wenn der Staat seinerseits die Indifferenz zum Wert schlechthin erhebt. Und so erreicht die Ökonomisierung alles Seienden selbst die Sehnsüchte der Revoltierenden.

Die Heimat-Kulissen der Postmoderne

Auch die Architektur der Postmoderne greift diese Sehnsüchte bisweilen auf und verwendet etwa eine Formensprache, die sich verstärkt an Zitaten der Historie bedient und die dazu zurückkehrt, Emotionalität und Fassaden zum Gegenstand zu erheben.¹³ Der Bruch mit der kommerzialisierten Rationalität der Moderne ist hier jedoch ebenfalls eine Deduktion aus der Logik der Indifferenz. Der Mangel an Wille und Kraft, überzeitliche und organische Räume zu schaffen, erwächst auch hier der entorteten Pluralisierung und nicht selten einer dekonstruktivistischen Ironisierung und Banalisierung, welche in der Praxis zum gewollten widersprüchlichen und unharmonischen Nebeneinander disparater Elemente führen. Diese Versatzstücke vermeintlicher Heimatarchitektur erinnern – wo sie nicht als böseartig intendierte Zerstörung des Gewachsenen erkennbar sind – jedoch eher an die billige Kulisse



von Freizeitparks oder Outlet-Centern denn an die harmonische und auf Überzeitlichkeit und Verortung ausgerichtete Architektur der ewigen Ordnung und ihrer Gemeinschaft.¹⁴

In dieser verschmolz die Architektur mit der Umgebung und steigerte deren Eigenheit, während Mensch und Gebäude heute einander ebenso fremd sind wie ihrer eigenen Überlieferung. Das gestylte Chaos des progressiven Gigantismus, das weder Herkunft noch Zukunft hat, ist die passende Umgebung für den herbeigesehnten Einheitsmensch. Wie die ihn umgebenden Gebäude ist auch er wahllos platzierbar. Er ist überall zuhause – und damit nirgendwo. Um ihn herum verflüchtigt sich im rasanten Stilwechsel der spätkapitalistischen Wegwerfgesellschaft auch die bauliche Landschaft der Metropolen zu einem unidentifizierbaren Nichts. Gepanscht aus einem schwallartig über die Städte entleerten Fortschrittsbrei lassen die Fassaden neuzeitlicher Gebäude ebenso wenig erkennen, ob sie in Berlin, Singapur oder Kapstadt stehen, wie man auch in zunehmendem Maße nicht mehr erkennen kann und darf, woher die Menschen stammen, die an ihnen vorbei strömen.¹⁵

Es ist die Architektur des Abrisses. Anders als die Fassaden historischer und im Geiste der Überzeitlichkeit gebauter Gebäude vermögen die Bauten der Moderne und Postmoderne nicht in Würde zu altern. Geht die Zeit, geht auch ihr künstlicher Glanz. Wo sie abgerissen werden, erinnert sich niemand ihres billig-pompösen Anfangs, sie bilden höchstens die diffuse Erinnerung an eine schreckliche Verunstaltung der Landschaft, die von der nächsten Marotte abgelöst wurde. Wie der Einheitsmensch, von dem niemand weiß, wo er herkommt und wo er hingehört, lässt auch die ihn umgebende Architektur keine Rückschlüsse mehr auf die den Menschen ausmachende Bindung an Ort und Gemeinschaft zu.

Die Baumaschinen dröhnen im Takt der neuen Zeit. Lust an Bruch und Zerstörung leitet die Dirigenten. Die neuzeitlichen Fassaden bilden das pädagogische Bühnenbild dieser ideologisch bedingten Vollendung der Transformation in die Nichtgemeinschaft. Zu den Klängen der dumpfen Vielfaltspropaganda wandelt der neue Mensch durch die Trümmer der neuen Gesellschaft.

1 Vgl. Blum, Elisabeth: *Le Corbusiers Wege: Wie das Zauberwerk in Gang gesetzt wird*. Vieweg, Braunschweig 1988.

2 Bekanntheit erlangte das Gedicht *Der heimliche Aufmarsch* durch die gesungene Darbietung von Ernst Busch.

3 Eine einführende und mit vielen Verweisen angereicherte Einführung in das „politische Bauen“ findet man in den Veröffentlichungen Norbert Borrmanns, etwa: *Kulturbolschewismus oder Ewige Ordnung: Architektur und Ideologie im 20. Jahrhundert*, erschienen 2009 im Ares-Verlag.

4 Vgl. Tiedtke-Braschos, Johanna: *Bauen als Politikum. Der Umgang der Politik mit Bauprojekten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Tectum, Marburg 2015.

5 Vgl. Mohr, Volker: *Der Verlust des Ortes* (Kaplaken). Antaios, Schnellroda 2011.

6 Unumgänglich hierzu: Mohler, Armin: *Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer*.

7 Ein drastisches Beispiel ist hier etwa die Neugestaltung des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr in Dresden durch den Architekten Daniel Liebeskind.

8 Armin Mohler betonte diesbezüglich in seiner *Liberalenbeschimpfung* die Ansicht, dass ein zivilisiertes Volk den

Kommunismus nur dort ohne militärischen Zwang annähme, wo der Liberalismus dessen Inneres bereits erfolgreich beschädigt habe.

9 Kaiser; De Benoist, Fusaro: *Marx von Rechts*. Jungeuropa, Dresden 2018.

10 Erfrischend klare Ausführung des Politologen Yascha Mounk in den ARD-Tagesthemen vom 20.02.2018 (<https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-5821.html>).

11 Vgl. Kollmann; Schödel [Hrsg.]: *PostModerne De/Konstruktionen. Ethik, Politik und Kultur am Ende einer Epoche*. LIT, Münster 2004.

12 SPD-Grundsatzreferent Nils Heisterhagen auf taz-online vom 11.8.2018: „Der Sieg des Liberalismus war keiner“ (<http://www.taz.de/!5524515/>).

13 Besonders „spektakulär gelungen“ ist die Synthese zwischen Denkmalschutz und Zukunftsvision, laut „Fachkundigen“, etwa im Düsseldorfer Medienhafen.

14 Sinnbildlich hierfür steht etwa die Gattung der Heimatschutzarchitektur und ihr architektonischer Anspruch.

15 Hierzu sei auch verwiesen auf Borrmann: *Die große Gleichschaltung* (Kaplaken). Antaios, a.a.O. 2013.

Lob der Differenz

Von Gerhard Schlüsselberger



„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“¹

Dieses Zitat, besser bekannt als das „Böckenförde-Diktum“, bringt ein Dilemma auf den Punkt, das derzeit viele, die politisch denken, herausfordert: Wie kann ein Staat auf einem Fundament, das er als gegeben voraussetzen muss, ohne selbst daran mitgewirkt zu haben, sicher stehen? Mit anderen Worten zielt es im Wesentlichen auf die Frage ab, „was die Welt im Innersten zusammenhält“ bzw. wie es eigentlich kommt, dass der Mensch (trotz sozialen Medien) immer noch nach sozialem Austausch strebt, dass er (auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung) nach wie vor vom Vorhandensein eines sozialen „Kitts“, einer Kohäsionskraft, abhängig ist, und woraus sich in diesem tiefen Bedürfnis nach Gemeinschaft das Spannungsverhältnis speist, das dem Menschen zugleich Wohl und Wehe sein kann.

Damit werden Themen berührt, die auch aufgrund der zunehmenden Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in Richtung Europa und der dadurch verstärkt zutage tretenden Migrations- und Integrationsdebatten aktuell und wichtig sind. In diesem Zusammenhang ist eine der drängendsten Fragen unserer Zeit, ob (und wenn ja: wie) eine bedeutende Anzahl an Menschen, seien es nun Schutzsuchende, Asylwerber, Flüchtlinge oder Zuwanderer, in ein bestehendes, komplexes Gruppengefüge dauerhaft integriert werden können. Denn es scheint zunehmend die Stabilität der europäischen Staaten sowie die Zukunft der europäischen Gemeinschaft überhaupt davon abzuhängen, eine

befriedigende Antwort auf diese wesentliche Integrationsfrage zu finden.

In diesem Zusammenhang ist es wohl nicht allzu unwahrscheinlich, dass die Erörterung gewisser Grundlagen im Hinblick auf die Entstehung und die Dynamik von Gruppen einige Hinweise und brauchbare Ansätze für den weiteren Verlauf dieser Debatten liefern wird. Denn diese Grundlagen sind für ein geordnetes, gedeihliches und friedvolles Zusammenleben, nicht nur, aber insbesondere auch innerhalb von staatlichen Strukturen notwendig. Im Zuge meiner Dissertation *Lob der Differenz*² konnten aus der eingehenden Analyse von Eugen Ehrlich und Max Weber, aber auch anderer wichtiger Denker, wie beispielsweise Émile Durkheim, Robert Merton oder Pitirim Sorokin, folgende substanzielle Schlussfolgerungen gezogen werden.

Was Kollektive zusammenhält

Außerrechtliche Phänomene wie Moral, Sitte, Religion, Kultur und sonstige Wertssysteme haben die Funktion, den komplexen Strom der ontologischen Erfahrungen nach bestimmten Kriterien zu ordnen und zu strukturieren. Dies setzt voraus, dass im Menschen entsprechende Verhaltensdispositionen angelegt sind, die eine solche Orientierung überhaupt erst möglich machen. Eine gegebene Rechtsordnung ist darauf angewiesen, dass sie auf einer solchen „primitiven“, wie auch immer gearteten



„Und ich vergesse nicht, wie ich 2015 mit meiner Position gegen grenzenlose illegale Einwanderung quer durch Europa scharf kritisiert worden bin. (...) Weil ich überzeugt bin, dass wir in Österreich dringend die Zuwanderung in unser Sozialsystem beenden müssen. Ich habe mich von Anfang an gegen die unbeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen. Denn ungesteuerte Zuwanderung zerstört die Ordnung in einem Land.“ – Sebastian Kurz, Bundeskanzler Österreichs



Allegorie der Gerechtigkeit im Kampf mit der Ungerechtigkeit, Jean Marc Nattier

Ordnung aufbauen und insbesondere auf folgende Vorbedingungen rekurren kann:

- a) Die entsprechenden Verhaltensdispositionen sind bei einer ausreichend großen Zahl an Menschen innerhalb der Gruppe vorhanden.
- b) Es existiert ein wertsystemischer Überbau (bspw. Kultur), der das Zusammenspiel und Ineinandergreifen von (gelebtem) Recht und (gesetztem) Gesetz begünstigt.
- c) Die innere Bereitschaft des Einzelnen, sowohl die

„außerrechtlichen“ als auch die gesetzlichen Regeln zu akzeptieren und danach zu leben, ist im Großen und Ganzen vorhanden.

- d) Es herrscht relative Homogenität im Hinblick auf Sprache, Arbeitsethos, Erwartungshaltung für rationales Verhalten usw. vor, widrigenfalls zentrifugale Kräfte den inneren Zusammenhalt abschwächen.

Darüber hinaus bringen insbesondere die zentripetale Kraft der Ähnlichkeit, die disziplinierende



„Natürlich, wir haben auch früher schon in der Europäischen Union Krisen erlebt, denken wir nur an den gescheiterten Verfassungsvertrag oder die Staatsschulden- und Finanzkrise oder den drohenden Austritt einzelner Mitglieder aus der Union. Dennoch haben viele Menschen das Gefühl, dass die Europäische Union derzeit auf eine neue, und zwar besonders grundsätzliche Art auf die Probe gestellt wird. Denn die Krisen im Innern, wie an der Peripherie der Union, folgen immer schneller aufeinander, und sie überlagern sich. Gleichzeitig werden umfassende Antworten auf die aktuelle Krise nötig, auf die Flüchtlingskrise.“

Joachim Gauck, ehemaliger Bundespräsident in Deutschland²



Wirkung der Gruppenkonformität, der identitätsstiftende Einfluss des gruppenbezogenen Wir-Gefühls sowie die das Individuum motivierende Furcht für dem Ausgestoßensein jene innere Ausdifferenzierung und äußere Stabilität hervor, die für die menschliche Sozialisation kennzeichnend sind. Auch hier kann gesagt werden, dass sich eine gegebene Rechtsordnung an diesen Vorbedingungen orientieren wird müssen, will sie nicht über kurz oder lang obsolet werden.

Die Grundlagen einer Rechtskultur

Betrachtet man nun vor diesem Hintergrund die österreichische Verfassung, so lässt sich erkennen, dass sie maßgeblich von jenen Grundprinzipien bestimmt wird, die unstrittig als ihre fundamentalen Leitideen anerkannt sind. Dazu zählen neben dem Schutz und der Achtung der Menschenwürde das liberale, rechtsstaatliche, demokratische, republikanische, föderale und gewaltenteilende Prinzip. Diese Grundprinzipien werden zum Teil direkt im zentralen Verfassungsdokument, dem Bundesverfassungsgesetz (B-VG) 1920, genannt, oder ergeben sich indirekt aus der Zusammenschau der maßgeblichen Gesetzestexte. Doch bauen nicht nur diese, sondern gleichermaßen die gesamte Rechtsordnung auf einem Wertefundament auf, welches quasi mitzudenken ist und vom Gesetzgeber nicht als Oktroi verordnet werden kann, sondern vorausgesetzt werden muss.

Hier schließt sich nun der Kreis, weshalb diese Erkenntnisse womöglich ein aufschlussreicher Zwischenschritt sind, um relevanten und praxistauglichen Antworten näher zu kommen. Auf Grund der Wichtigkeit und Dringlichkeit der aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit Migration und Integration erscheint es darüber hinaus angezeigt, einen umfassenden Erkenntnisgewinn über das komplexe Spannungsverhältnis von Migration und nachfolgend womöglich notwendiger Integration zwischen Verfassungskultur und Souveränität sicherzustellen. Damit einhergehend ist es auch notwendig, verfassungskulturelle Vertiefungen und rechtsethische Grundlagenforschungen zu leisten, um in der Folge akademisch belastbare, einem kritischen Diskurs standhaltende ordnungspolitische Rahmensetzungen argumentieren und damit letztlich auch legitimieren zu können. Vor diesem Hintergrund würde es sich daher anbieten, unter anderem folgende Fragen interdisziplinär zu behandeln:

- a) Rechtskultur und Religion,
- b) Rechtskultur und hermeneutische Wertphilosophie,
- c) Rechtskultur und philosophische Staatsmodelle,
- d) Rechtskultur und theoretische Verfassungsmodelle,
- e) Rechtskultur und soziologische Gesellschaftsmodelle,
- f) Rechtskultur und Grundkonsens des Zusammenlebens in liberal-demokratischen Rechtsstaaten.

1 Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, 1976, S. 60

2 Gerhard Schlüsselberger, *Lob der Differenz*, Universität Wien, approbiert im April 2018

3 Stellvertretend für viele diese beiden Zitate, in denen ein aktiver Politiker und ein Politiker im Ruhestand zu Wort kommen, die allgemein hin als aus der politischen „Mitte“ kommend bezeichnet werden.

Gegoogelt gegen Rechts

Von Michael Bärnthaler



Fakten gegen Rechts
Deine Stimme gegen Rechts
Links gegen Rechts

Omas gegen Rechts
Fußballvereine gegen Rechts
Buchblogger gegen Rechts

Ein Zeichen gegen Rechts
Laut gegen Rechts
Köln gegen Rechts

Karlsruhe gegen Rechts
Unternehmer gegen Rechts
Recht gegen Rechts

Lookismus gegen Rechts
Rock gegen Rechts
Rechts gegen Rechts

Nauvoo, Mississippi,
aus: Meyer's Merkwürdigkeiten, 1835



Besprechungen



„Auf nach Ikarien!“

Von Norbert Nemeth



In der letzten Ausgabe beschäftigten wir uns mit der Fabel des „Phönix“ – einem Synonym für den Kommunismus, der uns immer wieder im neuen Gewande begegnet. Kein Geringerer als Étienne Cabet (1788 - 1856) verwendete diese Parabel in seiner 1840 erschienenen kommunistischen Utopie *Reise nach Ikarien*.

„Die Gleichheit zeigt sich in der Geschichte wie der schöne Vogel Phönix, von dem die uralten Sagen erzählen, er lebe ewig, aber er sterbe zuweilen, denn nachdem er im greisen Alter sein Nest gebaut, das er selbst anzünde, verbrenne er sich freiwillig in den schmerzlichen Flammen zu Asche; doch aus dieser seiner eigenen Asche erstehe er von Neuem und fliege jugendfrisch in weite Ferne über Land und Meer, um abermals zu leben, zu altern, zu sterben und verjüngt aufzuerstehen. Der Phönix ist eine Fabel, und die Gleichheit eine Wahrheit, obschon sie manchem auch fabelhaft erscheint. Kommen wird die Zeit, in der die Gleichheit nicht mehr unterzugehen braucht in Feuer und Blut, wo sie immerdar den Erdball umleuchtet und umwärmt: dann ist der Phönix erlöst. Dies wird geschehen, wenn die Gütergemeinschaft überall wirklich geworden ist.“



Étienne Cabet wurde am 1. Januar 1788 in Dijon, Frankreich, geboren, und starb am 8. November 1856 in St. Louis, USA. Er begann als Liberaler und gehörte zu den Verschwörern, die 1830 den „Bürgerkönig“ Louis Philippe installierten. Bald jedoch wandelte er sich zum Sozialisten und verbrachte mehrere Jahre im Exil in England, wo seine Ideen von Verstaatlichung, Militarisierung, Zensur und Personenkult reiften. Nachdem er bei der Revolution 1848 keine führende Rolle mehr spielte, suchte er sein Glück in den USA. Seine Versuche, größere sozialistische Kommunen aufzubauen, sind allesamt gescheitert.



Étienne Cabet war Mitglied des Geheimbundes der *Carbonari*, betätigte sich in den republikanischen Clubs Frankreichs und wurde 1831 Deputierter der *Côte d'Or* in der Nationalversammlung. Die Herausgabe zahlreicher kommunistischer Zeitungen trug ihm immer wieder gerichtliche Verfolgung ein. Dabei verteidigte er die jakobinische Verfassung von 1793 und rechtfertigte den *Terreur* – wohl ein Grund, warum seine kommunistische Utopie als Reisebericht getarnt erschien. Im Zentrum seines utopischen Gemeinwesens steht die kommunistische Gütergemeinschaft, die durch totalitäre Überwachungsmechanismen gewährleistet wird, sowie die Erschaffung eines „neuen Menschen“. Dieses Wohnbild irdischer Herrlichkeit ist in einen technisch hochentwickelten Staat eingebettet. Hier muss niemand Hunger oder irgendeinen anderen Mangel erdulden – und überarbeiten muss sich auch keiner.

Ein Staat auf dem Reißbrett

Ikarien ähnelt dem Utopia des Thomas Morus. Seine Hauptstadt ist strikt geometrisch angelegt. Der gesamte Staat hat die Struktur eines gigantischen Schachbrettes. Wie jeder utopische Staat ist auch Ikarien nach außen hin komplett abgeschottet. Ihren kollektiven Wohlstand – in Ikarien herrscht ein striktes Luxusverbot – erwirtschaften sich die Ikarier durch modernste Technologien, die unter anderem in Werkpalästen zum Einsatz gelangen. Eine eigene Kommission gibt es, um die ikarische Menschheit zu vervollkommen, denn Fortpflanzung und ihre Planung sind Sache des Staates. Die Sicherheit wird in Ikarien durch die Überwachung aller gegen alle gewährleistet. Alle Bürger sehen sich beauftragt, die Befolgung der Gesetze zu überwachen und Ver-

letzungen anzuzeigen. Alle beaufsichtigen sich gegenseitig – die totale Öffentlichkeit lässt keinerlei Privatheit zu!

Ihre Gesetze geben sich die Ikarier durch gewählte Mandatare und Ausschüsse, wobei der Personenkult um den Staatsgründer Ikar maßgeblich ist. Selbstredend gibt es in Ikarien eine strenge Zensur – nur solche Meinungen sind zulässig, die dem Staatsziel: dem Fortschritt, dienen. Das gilt auch für die Religion: Die Ikarier pflegen einen deistisch-pantheistische Vernunftglauben.

Die Welt – ein Experimentierfeld

Der Roman wurde ein Erfolg und begründete eine neue sozialistische Bewegung in Frankreich. Was die *Reise nach Ikarien* von allen anderen Utopien unterscheidet, ist die historische Tatsache, dass Cabet den Staat Ikarien tatsächlich errichten wollte. Aus der Utopie sollte Realität werden: Im Mai 1847 überrascht Cabet mit seinem Aufruf „Allons en Icarie!“ seine Anhänger, zumal er zu nichts weniger als zur Massenauswanderung in die USA aufruft. Sein Ziel ist die Errichtung eines kommunistischen Staates, der später Bundesstaat der USA werden sollte. Auf Basis eines Genossenschaftsvertrages errichtet er gemeinsam mit 150 Verbündeten die *Gesellschaft zur Gründung Ikariens*. Alle haben all ihr Vermögen einzubringen, für eine Übergangszeit von zehn Jahren soll Cabet alleiniger Geschäftsführer sein.

Für 69 von ihnen, die sogenannten „1. Avantgarde“, wird in der Nähe des heutigen Dallas, Texas, Land gekauft. Doch das Projekt steht unter keinem guten Stern: Die glühende Hitze, Moskitos und Fieberepidemien machen den selbsternannten „Soldaten der Menschheit“ zu schaffen. Fast



alle Kommunarden erkrankten, vier desertieren, einer begeht Selbstmord. Ungeachtet dessen stößen bis Februar 1849 weitere 416 Siedler, darunter 101 Kinder und 125 Frauen, nach. Doch auch ihnen bleibt nichts anderes als die Einsicht der Unmöglichkeit ihres Unterfangens. Die widrigen Umstände, Cabets Führungsversagen und die irri- ge Annahme von einem Blühen und Gedeihen der kommunistischen Idee, lassen die Kolonie am Red River untergehen, ehe sie wirklichen Bestand finden konnte.

Doch noch gibt sich Cabet nicht geschlagen: Am linken Ufer des Mississippi erstet er die ehemalige Mormonensiedlung Nauvoo. Dort herrschen klimatisch günstigere Bedingungen als in Texas. In der Zeit zwischen 1852 und 1855 erlebt die Kolonie, der maximal 526 Personen angehören, einen gewissen Aufschwung – der allerdings maßgeblich den Überweisungen französischer Gönner geschuldet ist. Der selbst erwirtschaftete Gewinn ist äußerst gering. Aus den Briefen von Ikariern können wir entnehmen, dass Cabet ein miserabler Ökonom war. Die einfachen landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkte seiner Kolonie erwiesen



Étienne Cabet, 1788 (Dijon) - 1856 (Saint Louis)

sich im kapitalistischen Umfeld als nicht wettbewerbsfähig. Mit der Zeit stellten sich daher bei den Ikariern Zweifel ein. Manche berichteten von einer „Art Sklaverei, in der man uns hält“. Das erhoffte Paradies blieb aus, stattdessen fand man sich in einer Nivellierung auf niedriger Stufe wieder. Seuchen, interne Querelen und Cabets Herrschsucht und Rechthaberei – seine ikarische Verfassung hatte eindeutig autokratischen Charakter – gaben seinem Projekt von der Realisierung seiner Utopie schließlich den Rest. Am 8.

November 1856 erlag Cabet einem Schlaganfall.

Nach seinem Tod gab es weitere Versuche der ikarischen Kolonisation, zum Beispiel das *Junge Ikarien* von 1879 oder die Kolonie *Icaria-Speranza* von 1883. Auch diese Projekte eines progressiven Experimentalismus, der mit der Zeit immer mehr atheistisch-materialistische Züge annahm, scheiterten kläglich. Hernach beantwortete die *Revue Icarienne* die Frage, ob nunmehr noch an eine friedliche Errichtung des Kommunismus zu denken sei, mit einem klaren Nein: „Der Sozialismus wird siegen nur mit der Waffe in der Hand.“

Literatur:

Étienne Cabet, *Reise nach Ikarien*, Bibliothek der Utopien, Karin Kramer Verlag Berlin, 1979.
Richard Saage, *Utopische Profile Band III: Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert*, Lit Verlag, Münster

Joachim Höppner und Waltraud Seidel-Höppner, *Étienne Cabet und seine Ikarische Kolonie*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, 2002.

Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim

Von Jörg Mayer



Wien, in einer Weinbar hinter dem Parlament. Laila Mirzo ist vor mir da und wartet. In Kürze wird sie – sobald erst der Tabak an den rechten Platz gestopft ist – qualmen und erzählen. Davon, wie auch ihr Kopf manchmal qualmt vom nächtelangen Schreiben. Genauso wird sich *Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim* später auch lesen: wie ein Buch, das man in der Einsamkeit der Nacht schreibt, wenn die erratischen Gedanken des Tages sich geordnet und zu einem wohltemperierten Urteil gefunden haben.

Sie hätte das Buch auch politisch korrekter schreiben können, meint sie. Aber der Verlag habe sie bestärkt, keine Selbstzensur an den Tag zu legen. Und so durchbricht das Buch die spitzfindige Trennung zwischen „dem Islam“ und „den Muslimen“, die heute bei selbsternannten Islamkritikern, die bloß nicht als Muslimkritiker gelten wollen, so beliebt ist. Nein, Mirzo weiß, dass die Umma, die religiöse Gemeinschaft aller Muslime, kein islamophobes Hirngespinnst ist, sondern koranisches Gebot. Wie Hirngespinnste erscheinen ihr die Ideen, man könnte einen kunterbunten Euroislam beim öffentlich-rechtlichen Demokratieseminar entwerfen (oder im Kaffeehaus, so die wienerische Lösung).

Sicher, es wäre bequem, einem Euroislam-Idee das Wort zu reden, muss man dazu die islamische Theologie ja weder kennen noch ernst nehmen. Allein, wer meint, die nächste Generation Muslime werde sich dem westlichen Way of Life begeistert in die Arme werfen, verkennt die Widerstandskraft, die der Islam immer noch kulturell zu entfalten vermag. Diese unterschätzte Resilienz behandelt Mirzo detailliert im Teil I ihres Buches. Sie wird offenbar schon in den Scharia-geleiteten islamischen Menschenrechtskonventionen, doch ebenso in Apartheid, Apostasieverbot, „Ehrenmorden“, Frauenbeschneidung, Kinderehen, Polygamie, Schwulenverfolgung usw. Mirzo zeigt, wie der Islam als Gegenmodell funktioniert. Dabei erklärt sie zentrale Begriffe wie Abrogation, Dhimmi, Taqiyya usw. und eröffnet dem Leser *en passant* einen Zugang zur religiösen Quel-

le selbst. Es ist ein milder, unaufgeregter, ehrlicher Ernst, der dabei ihre Ausführungen durchzieht.

Dabei kommt Mirzo auch auf jenen importierten Antisemitismus zu sprechen, der heute dafür herhalten darf, die Kriminalstatistik gegen rechts mit neuen Delikten zu fluten. So gelten etwa von den über tausend antisemitischen Vorfällen, die alljährlich in Deutschland registriert werden, 90% als „rechts motiviert“. Da freilich die Religionszugehörigkeit und der Migrationshintergrund der Täter nicht erfasst werden, fällt der islamische Judenhass dabei elegant durch die Statistik. So kann man es natürlich auch machen, damit die linke Lebenslüge, den Antisemitismus von Gestern politisch auszuschlachten, beim Antisemitismus von Heute aber die Augen vor den Ursprüngen zu verschließen, mit dem politisch korrekten Gewissen vereinbar bleibt.

Wobei damit der originär linke Antisemitismus noch gar nicht angesprochen wäre, den etwa Petr Papousek, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, wie folgt beschrieb: „Der linke Antisemitismus kommt nicht nur getarnt daher, er ist auch weitgehend akzeptiert als Teil der Universitäten, der Politik und der öffentlichen Debatte. Und das ist das Gefährliche am linken Judenhass: Man ist Antisemit und fühlt sich trotzdem ganz modern und aufgeklärt.“ Dazu sei übrigens auch das Buch *Contemporary Left Antisemitism* von David Hirsh empfohlen, der vor einiger Zeit auf Einladung der Studienvertretung Politikwissenschaften an der Universität Wien einen pointierten Vortrag gehalten hat.



Vielleicht ist es gerade das auf die Spitze getriebene Freund-Feind-Schema, das den Islam so schwer integrierbar macht. Denn im Koran ist der Feind nicht einfach nur der radikal Andere, sondern auch als moralisch böse, als ästhetisch hässlich, als wirtschaftlich konkurrierend vorgestellt. Die Juden sind insofern nur der erste Feind, als nächstes wären selbstverständlich die Atheisten, dann auch die Christen an der Reihe. Laila Mirzo weiß zu schildern, wie sie als Kind selbst darum ringen musste, sich von den Freund-Feind-Schemata des islamischen Kulturkreises zu emanzipieren:

„Im Alter von elf Jahren kam ich mit meiner Mutter nach Deutschland, davor war ich in Syrien aufgewachsen und fünf Jahre in die Schule gegangen. Antiisraelische Propaganda war im Fernsehen und in der Schule allgegenwärtig. Das Feindbild des mordenden Juden spukte in vielen Köpfen. Einmal wollte meine Mutter mit mir in Damaskus ins jüdische Viertel, um Wolle zu kaufen. Erst der dritte Taxifahrer erklärte sich bereit, uns in den jüdischen Teil von Damaskus zu fahren, die anderen hatten kopfschüttelnd abgelehnt. Der Fahrer ermahnte meine Mutter eindringlich, gut auf mich aufzupassen, da die Juden Kinderblut trinken würden.

Als meine Mutter und ich 1989 nach Deutschland umzogen, hatte auch ich das israelfeindliche Weltbild im Gepäck. Es äußerte sich im Musikunterricht, als die Lehrerin mit uns das Lied »Hava Nagila« einstudieren wollte. Sie erzählte uns, dass dies ein jüdisches Volkslied sei und wir auch dazu tanzen würden. Da gefror mir fast das Blut in den Adern. Zuhause erzählte ich mit Entsetzen, dass wir in der Schule zum Lied des »Feindes« tanzen mussten.“

Über diese Denkmuster hinauszuwachsen und zu einer geistigen Autonomie zu finden, ist besonders für Frauen im Orient eine Herausforderung. Und so widmet sich Mirzo der Stellung der Frau im Teil II

ihres Buches besonders, sei es der muslimischen oder der „ungläubigen“ Frau. Teil III beschäftigt sich mit dem Dschihad: als Ausbreitung des Islams durch kriegerische Gewalt, gesellschaftlichen Zwang, missionarische Überredung und hohe Geburtenzahlen. Teil IV schließlich beleuchtet die wachsende Macht der Islam-Lobby in der Politik, paradigmatisch dafür: die Türkei. Im abschließenden Teil V formuliert Mirzo ihr Fazit und rät zu einer Emanzipation aus der lange vergangenen Lebenswelt des Religionsstifters, um den Islam reformfähig zu machen.

Trotz der ernsten Thematik ist *Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim* aber auch eine unterhaltsame Lektüre. Das Buch nimmt einen mit auf eine Reise durch Epochen und Länder, von der vorislamischen *Dschahiliya*-Zeit in Arabien bis zum *Taharrush gamea* zeitgenössischer Kölner Silvesternächte. Ein Thema führt logisch ins nächste, Mirzos Schreibstil ist schlank und kommt ohne rhetorischen Ballast daher. Die vielen Zitate aus Koran, Hadithen usw. sind pointiert, zugleich findet Mirzo Raum für persönliche Erinnerungen: so für den Zwischenfall mit ihrem Halbbruder in Syrien, der sie wegen ein paar lockerer Fotos gewalttätig attackierte, so für die Episode beim Schullauf, als von der muslimischen Lehrerin der Zweite zum Sieger gekürt wurde, weil es nicht anginge, dass ein Mädchen schneller laufe als ein Junge, bis hin zu dem arabischen Herrn im Restaurant, der die Autorin so lange anbaggerte, bis sie ihm etwas auf Arabisch antwortete, er sie somit für eine Muslima halten musste und gleich voller Respekt um Entschuldigung bat. Auch mit diesen Anekdoten fängt Laila Mirzo den Geist des Islams trefflich ein.

Das Buch ist nirgends redundant, jeder Absatz hält Wissen bereit. Insofern erscheint das Lesen als keine Zeitverschwendung – und das ist wohl das Löblichste, was man von einem Sachbuch behaupten kann.

Wozu noch Österreich?

Von Siegfried Waschnig



Die Monarchie ist vor einem Jahrhundert gestorben, der Nationalstaat scheint heute abgeschrieben und Brüssel hat auch schon frischer geatmet. Bei der Suche nach Antworten auf komplexe Fragen schält sich die Institution „Vereinte Nationen“ aus dem Hintergrund und will der Problemlöser sein. Große Veränderungen zeichnen sich ab am historischen Horizont, die Menschen scheinen es zu spüren. Aus wessen Asche wird sich der kommende Phönix heben, wenn er wieder seine Flügel spannt? Welche Rolle wird Österreich dabei spielen? Wird es Österreich dann überhaupt noch geben? Die Vergangenheit macht Mut.

Österreich hat viel erlebt, eine bewegte Vergangenheit und einen tiefen Fall hinter sich. Österreich ist klein, aber seine politischen Vertreter haben es in den letzten Jahrzehnten geschickt verstanden, sich auf die Seite der Starken und Mächtigen zu schlagen. „Nur nicht auffallen!“ lautete die Devise – und wenn schon, dann durch Abnicken und Durchtauchen. Dann würde schon nichts schiefgehen. Die Abnicker und Durchtaucher wollten mit den Großen spielen, hatten es sich bequem gemacht in Österreichs Schoß. Und Österreich ließ sie gewähren. Denn die Zeiten schienen gut.

Bei hitzigen Diskussionen spielte in der jüngeren Vergangenheit keine wirklich fundamentale Rolle, welcher Partei oder Ideologie das Gegenüber am Stammtisch sein Vertrauen schenkte, denn der Graben verlief nicht existenziell tief durch die Bande der Kollegen, Freunde und Familien. Es kam nur in wenigen Einzelfällen zu jenen alles entscheidenden Richtungsfragen, die Menschen auseinandergehen und in abgrundtiefer Verachtung nie wieder ein Wort miteinander wechseln lassen. Doch die Zeiten haben sich geändert.

Die Suche nach der richtigen Farbe hält nicht mehr Blau, Schwarz, Rot oder Grün als richtige Antwortmöglichkeit parat, die aktuellen politischen und sozialen Auseinandersetzungen fragen nur mehr nach Schwarz und Weiß. Es sind tief empfundene existenzielle Fragen über das „richtige“ Richtig oder Falsch,

denn beide Seiten sehen sich im alleinigen Recht und der, der auf der anderen Seite steht, rüttelt am „Baum des Lebens“ des Anderen. Die Zeiten waren diesbezüglich schon einmal besser und Österreich hat das schon mehrere Male erlebt. Einmal 1918.

Die Geburtswehen Deutsch-Österreichs

Es hat geregnet an diesen Tagen, als sich unser Land entscheidend verändern sollte. Die Monarchie lag in Trümmern, die Menschen waren müde und *„die Stimmung in Wien ist an diesen letzten Oktobertagen von dumpfer Unrast, von bedrohlichem Stillehalten wie von abwartender Ruhe gekennzeichnet.“* Wien war voll von aufgeregten Menschen, *„durch die Straßen der Stadt ziehen große Massen, lärmend und singend, und vor dem Ministerium des Äußeren am Ballhausplatz sammeln sich Massen und stoßen Pfuirufe aus“.* Es fanden Demonstrationen statt, tausende Menschen standen vor dem Parlamentsgebäude.¹ Der Zusammenbruch der bestehenden Ordnung verunsicherte und Revolutionäre witterten ihre Chance.

Der Platz vor dem Parlament machte einen beängstigenden Eindruck, alles schwarz von Menschen. Doch nicht alle waren spontan gekommen: Es gab Aufstellungsorte, Kompagnien der Roten Garde und *„mit Pünktlichkeit und Präzision wurden die Weisungen der Ordner befolgt, die Armbinden mit*



Mag. Siegfried Waschnig ist Parlamentarischer Mitarbeiter in Wien. In seiner Dissertation forscht er zu interkulturellen Ethiksystemen und dem Ringen um die Identität(en) Europas. Er ist Vater von fünf Kindern.



Wien, 12.11.1918: Massendemonstration vor dem Parlament anlässlich der Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich

der Aufschrift: »Ordner der sozialdemokratischen Partei - Arbeiterrat« trugen.“ Einzelne Menschen, Grüppchen und Gruppen, marschierten zum Parlament, Lastkraftwägen sorgten für Nachschub. Die politische Linke dominierte, „unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Frauen und Mäd-

chen, von denen viele die rote Farbe irgendwie in der Kleidung bevorzugt hatten. [...] Im Zuge bemerkte man eine große Anzahl von Fahnen, von denen einzelne die Inschrift trugen: Hoch die Sozialistische Republik!“ Linksextreme forcierten mit revolutionärem Druck die Errichtung einer Rätere-



Die direkte Folge des Lebens in den großen Städten, die Angst am Arbeitsplatz zu versagen, die Arbeit in den hochmechanisierten Umgebungen und der unbarmherzige Rhythmus der Maschinen, all das ließ die Menschen innerlich bersten.



publik. Um die Kolossalgestalt der Pallas Athene, hoch oben am gleichnamigen Brunnen, schimmerte es grellrot, es waren die Banner und Abzeichen der Roten Garde.²

Pallas Athene hatte zu dieser Zeit schon einiges erlebt. Sie, die als Göttin die zeitlose Gültigkeit der Demokratie versinnbildlichen und ein unübersehbares Zeichen für vorausschauende und richtungweisende Entscheidungen der Volksvertretung setzen sollte,³ wurde Zeugin, wie Österreich entzwei zu brechen schien. Denn die Staatsgründung trägt nicht zur Entspannung bei:

In der Straße klirren Fensterscheiben, die Polizei geht an die Arbeit, reitet und verhaftet. Es gelingt die Leute abzudrängen und zu zerstreuen. Mit Gewalt, den Säbel gezogen, bahnt man sich den Weg, Schüsse knattern.⁴ Es sollte noch dauern, bis nach der Staatsgründung 1918 Ruhe ins Land kehrt, doch der Sturm der Roten Garde war vorerst abgewehrt.

Das demokratische Wagnis

Österreich hat sich 1918 zur Demokratie entschlossen – mit all ihren Herausforderungen, die sich daraus ergaben. Aber noch viele Jahre folgten, in denen sich das demokratische Bewusstsein unter Feuer und Tränen festigen und formen musste.

Vielleicht blickt Pallas Athene mit etwas Stolz von ihrem Brunnen auf Österreich, denn *„dem österreichischen Parlament wurden schon damals alle Tugenden und Talente zugesprochen, die Athene in sich vereint. Athene gilt als die Göttin der Weisheit, gleichermaßen für Frieden wie*



Athena, Theseus und Amphitrite;
Onesimos/Euphronios, 500–490 v. Chr.

für Krieg zuständig. Sie bietet, so die Mythologie, kraftvollen Schutz nach außen und sorgt durch ihre weise Gerichtsbarkeit für Frieden im Inneren. Ihre Wehrhaftigkeit beruht nicht auf Kampf, sondern auf klarem und kühlem Verstand. Friede und Wohlstand sichert sie durch den Schutz“ für Dichter, Philosophen, Wissenschaftler und Handwerker. Heute wird Pallas Athene meist mit Wissen, Vernunft und str-

ategischem Talent gleichgesetzt.⁵ Wenn man genauer hinsieht, kann man vielleicht auch etwas typisch Österreichisches darin erkennen.

Dabei war es zu dieser Zeit nicht nur die Umwälzung der Strukturen des Habsburgerreiches, wodurch die Menschen aufgewühlt und verunsichert wurden. Alles was wichtig werden sollte, *„von der Quantenphysik bis zur Frauenrechtsbewegung, von abstrakter Kunst bis zur Genetik, von Kommunismus und Faschismus bis zur Konsumgesellschaft, vom industrialisierten Mord bis zur Macht der Medien, zwischen 1900 und 1914 entfaltete alles erstmals seine Massenwirkung. In all diesen Bereichen wurde Neuland betreten, und der Rest des Jahrhunderts war wenig mehr als eine Abwicklung und Auslotung dieser Möglichkeiten, die manchmal wunderbar und manchmal schrecklich war.“*⁶ Die Presseartikel waren damals voll von Berichten über neue Technologien, über Globalisierung, Terrorismus, neuen Formen der Kommunikation und die sich verändernden Sozialgefüge.⁷

So fand man, dass eine neue Krankheit von epidemischen Ausmaßen begann, das Leben derer zu befallen, die sich dem Tempo nicht entziehen



Österreich hat sich 1918 zur Demokratie entschlossen – mit all ihren Herausforderungen, die sich daraus ergaben. Aber noch viele Jahre folgten, in denen sich das demokratische Bewusstsein unter Feuer und Tränen festigen und formen musste.



konnten. Sie landeten in psychiatrischen Krankenhäusern und Sanatorien, die überall wie Pilze aus dem Boden schossen. Man nannte die Krankheit „Neurasthenie“ – die Erschöpfung der Nerven. Die direkte Folge des Lebens in den großen Städten, die Angst am Arbeitsplatz zu versagen, die Arbeit in den hochmechanisierten Umgebungen und der unbarmherzige Rhythmus der Maschinen, all das ließ die Menschen innerlich bersten.⁸ Umwälzung und Tempo, gepaart mit Krieg und einem tiefen Graben in der Gesellschaft – heute können wir uns vorstellen, mit welchen Herausforderungen sich Österreich damals konfrontiert sah.

Aus Ruinen auferstanden

100 Jahre ist es her und dennoch ist diese Zeit ein kleiner Teil von uns. Der Strang der Historie, der sich durch unsere Familien zieht – vielleicht in Form von Geschichten im „Familiengedächtnis“ erhalten blieb oder einfach unbemerkt „da ist“ und zu einem Teil unserer Einstellungen und Prägung geworden ist – er macht uns ein Stück weit zu Teilhabern dieser Erlebnisse. Vielleicht blicken die Vorangegangenen gemeinsam mit Pallas Athene besorgt auf uns herab, vielleicht wollen sie uns zurufen und – besorgten Eltern gleich – vor dem unheilvollen Pfad warnen, der verschlungen im Nebel der Zukunft vor uns liegt. Wir wissen es nicht.

Was wir aber wissen, das ist, dass die Vorangegangenen wieder einen Weg aus der selbstge-

schaftenen Hölle, die sich vor allem nach 1918 in Europa manifestiert hat, gefunden haben. Dass bei all dem Hass, dem Leid, dem Sterben und der Verblendung wieder ein gemeinsames Österreich möglich geworden ist.

Blickt man auf die dunklen Ecken der Vergangenheit, dann kann man mit den Worten Heide Goethes sagen: *„Die Menschen haben sich stets gegängstigt und geplagt; sie haben sich untereinander gequält und gemartert; sie haben sich und den anderen das bisschen Leben sauer gemacht, und die Schönheit der Welt und die Süßigkeit des Daseins, welche die schöne Welt ihnen darbietet, weder zu achten noch zu genießen vermocht. [...] So ist es, so ist es gewesen; so wird es wohl auch bleiben.“*⁹

Oder man sieht es anders: Das Licht wirft den Schatten – und so ist es möglich, in den ausgeleuchteten Ecken auch das Schöne zu finden. Denn in unserem Land und seiner Lebensweise liegt ein besonderer Schatz verborgen: die Kraft der Widerständigkeit, der Mut eigene Wege zu gehen und das Talent immer wieder zusammenzufinden. Das muss sich nicht immer in der hehren Erscheinungsform einer Pallas Athene äußern, sondern kann sich im „echten Leben“ auf die in Österreich ganz eigene Art und Weise manifestieren. Die Kraft, die darin liegt, ist es, die den Flügelschlägen des Phönix standhält – ganz egal aus welcher Asche er sich gerade emporhebt. Mit einem offenen Blick lässt sich ein großer Schatz in diesem Land bergen, der unter dem Mantel der Zeit die vielen Herausforderungen überdauert hat.

1 Brauneder, W.: *Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht.* Wien – München: Amalthea 2000. S. 16.

2 Ebd. S. 165f.

3 Pallas Athene, die Männergleiche. Online abrufbar unter: <https://www.parlament.gv.at/GEbF/ARGE/Historisches/PallasAthene/NEUindex.shtml>

4 Brauneder. S. 122.

5 Pallas Athene. Online.

6 Blom, P.: *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900-1914.* 8. Auflage. München: dtv 2018. S. 14.

7 Ebd. S. 12.

8 Ebd. S. 305ff.

9 Burger, Rudolf: *Wozu Geschichte? Eine Warnung zur rechten Zeit.* Wien – Graz – Klagenfurt: Molden 2018. S. 133.

Adharas Stimme



Jetzt ist es bald ein Jahr her, dass Volkspartei und Freiheitliche mit dem Kabinett Kurz-Strache eine Wende der österreichischen Politik eingeläutet haben. Österreich ist damit Teil geworden einer weltumspannenden Gegenbewegung zum Globalismus, die auch in einer Epoche der radikalen Entortung die alten Schönheiten und ideellen Werte unserer Heimaten zu bewahren willens ist.

Wenn wir uns im *Atterseekreis* als Gruppe von freiheitlichen Vordenkern mit technokratisch anmutenden Fragen – wie auf unserem jüngsten Jahrestreffen mit der Politisierung des Europäischen Gerichtshofs oder der Funktion des Europarats – befassen, dann ist dies kein abgehobenes Theoretisieren. Sondern eine Analyse politischer Vorgänge von höchster Relevanz, die mit der Praxis der globalen Transformation unserer Lebensräume in engstem Zusammenhang stehen.

Genau das soll und muss, besonders in Zeiten der Regierungsverantwortung, eine Denkfabrik leisten. Und genau das ist auch der Grund, weshalb wir von linker Seite zunehmend beachtet und nicht zuletzt auch attackiert werden. Nicht etwa, weil wir gefährliches Gedankengut verbreiten würden. Ganz im Gegenteil: Die Linke fürchtet, dass freiheitliche Po-

litik tatsächlich erfolgreich sein könnte. Sie fürchtet die Etablierung der freiheitlichen Idee als staatstragendes Prinzip.

Vor 100 Jahren wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. Es hat einige Jahrzehnte politischer Wirren gebraucht, aber dennoch können wir heute stolz auf den Staat sein, den unsere Vorfahren geschaffen haben. Er ist Erbe und Auftrag zugleich, als gesellschaftspolitisch Konservative unsere Leitkultur zu bewahren und gegen alle linken Utopien aufzutreten, die einen neuen Menschen schaffen wollen, gleichzeitig aber an der Verbesserung unseres Staates zu arbeiten – mit dem Volk als Herrn seines eigenen Schicksals.

Nicht die Republik auf den Kopf zu stellen, sondern sie wieder in Ordnung zu bringen, das ist die ewige Aufgabe der politischen Rechten. Manche propagieren die Revolution, den Umsturz unserer abendländischen Gesellschaftsordnung. Das Zerhauen ist immer leicht! Die wahre Bewährungsprobe liegt in der Restauration: den Staat wieder ins rechte Lot zu bringen und die schützende Hand über das Gemeinwesen zu halten. Nicht Hasardeur zu sein, sondern Wächter, das gilt es!

Ohne den Staat wäre auch das Volk nichts. Erst durch den Staat wird das Volk in sein Recht gesetzt.

Adhara

Impressum

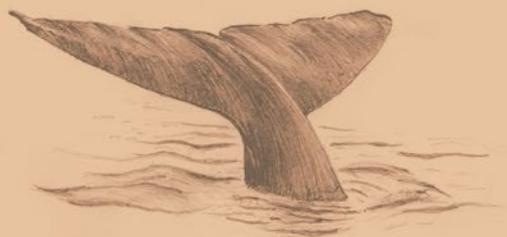


Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee · Herausgeber: Mag. Norbert Nemeth · Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732 736426 · Bildredaktion und Graphikdesign: buero.rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit.

Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis: S. 1, 3, 5, 56: Österreichische Nationalbibliothek, Signaturen / Richard Hauffe · S. 2: Alamy · S. 4, 6-7: akg-images / Erich Lessing · S. 9: akg-images · S. 11: Alamy · S. 15: akg-images · S. 18: Wikimedia Commons · S. 19: Filmarchiv Austria / Ketterer, Löb, Wagner · S. 4, 20-21: Artothek · S. 22: Wikimedia Commons · S. 25: akg-images / Visoars · S. 27: buero.rihl · S. 4, 28-29: Wikimedia Commons · S. 33: Wikimedia Commons / Apper · S. 4, 34-35: buero.rihl · S. 37: Pixabay / LoboStudio-Hamburg · S. 41: Artothek / Fine Art Images · S. 43: Shutterstock / Nicola Bayliss · S. 4, 44-45: akg-images / historic-maps · S. 47, oben: Wikimedia Commons · S. 47, unten: akg-images / Collection Dupondt · S. 51: Österreichische Nationalbibliothek, Signaturen · S. 52: Wikimedia Commons · S. 50-51: Pixabay / annca · Illustrationen auf S. 1, 19, 27, 33, 54, 56: buero.rihl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG

Sponsoring.Post

14Z040199 S